

REVIEW

4. GEWERKSCHAFTSTAG DER PRO-GE | AUSTRIA CENTER VIENNA

Unsere ARBEIT, unser LEBEN, unsere ZUKUNFT!

14.-16. JUNI 2023



PRO-GE
DIE PRODUKTIONSGEWERKSCHAFT





ABER
 ★ 16 VEREINBARUNGEN
 ★ JUGEND-
 VERTRAUENS-RAT
 TROTZ GEGENWIND!



"WER KÖNN..."



NÄCHSTE 5 JAHRE
 MEHR ALS TEAM
 AUFTRETEN!

DI E THEMEN DER JUNGEN
 FRAUENERFAHREN

WELFAHRT UND GERECHTIGKEIT



S 2021
 Mio

BEITRAGS-
 ENTWICKLUNG
 + 14,8%

UNTER-
 STÜTZUNGS-
 LEISTUNGEN
 4,8 Mio

2020 VIEL
 RECHTSSCHUTZ?

WIR SIND STOLZ
 ARBEITERINNEN
 ZU SEIN!

WIR KÄMPFEN
 DARUM,
 JEDER UND
 GLEICHE
 HAT.

Arbeits
 und stolz
 darauf

SENSATION
 WAHLERGEBNIS

+ 140
 MITGLIEDER!

25 BETRIEBS-
 VEREINBARUNGEN

4 KANDIDATEN

NACH 1 1/2
 JAHREN
 SIND WIR
 EIN TEAM

EIN PLUS
 FÜR LEHRLINGE

GRATIS
 KLIMA-
 TICKET
 FÜR
 LEHRLINGE!

SCHAUT UNSER
 VIDEO AN!



HIER GEHT'S ZU ALLEN
 GRAPHIC-RECORDINGS



WIR VERTRETEN
 ALLE ARBEITERINNEN

20%
 HABEN ANSPRECH-
 PARTNER IN DEN
 BETRIEBEN

GLEICHBERECHTIGT
 SEIN, OHNE
 ZU SEIN

MAAAAA, DO SCHAU HER!



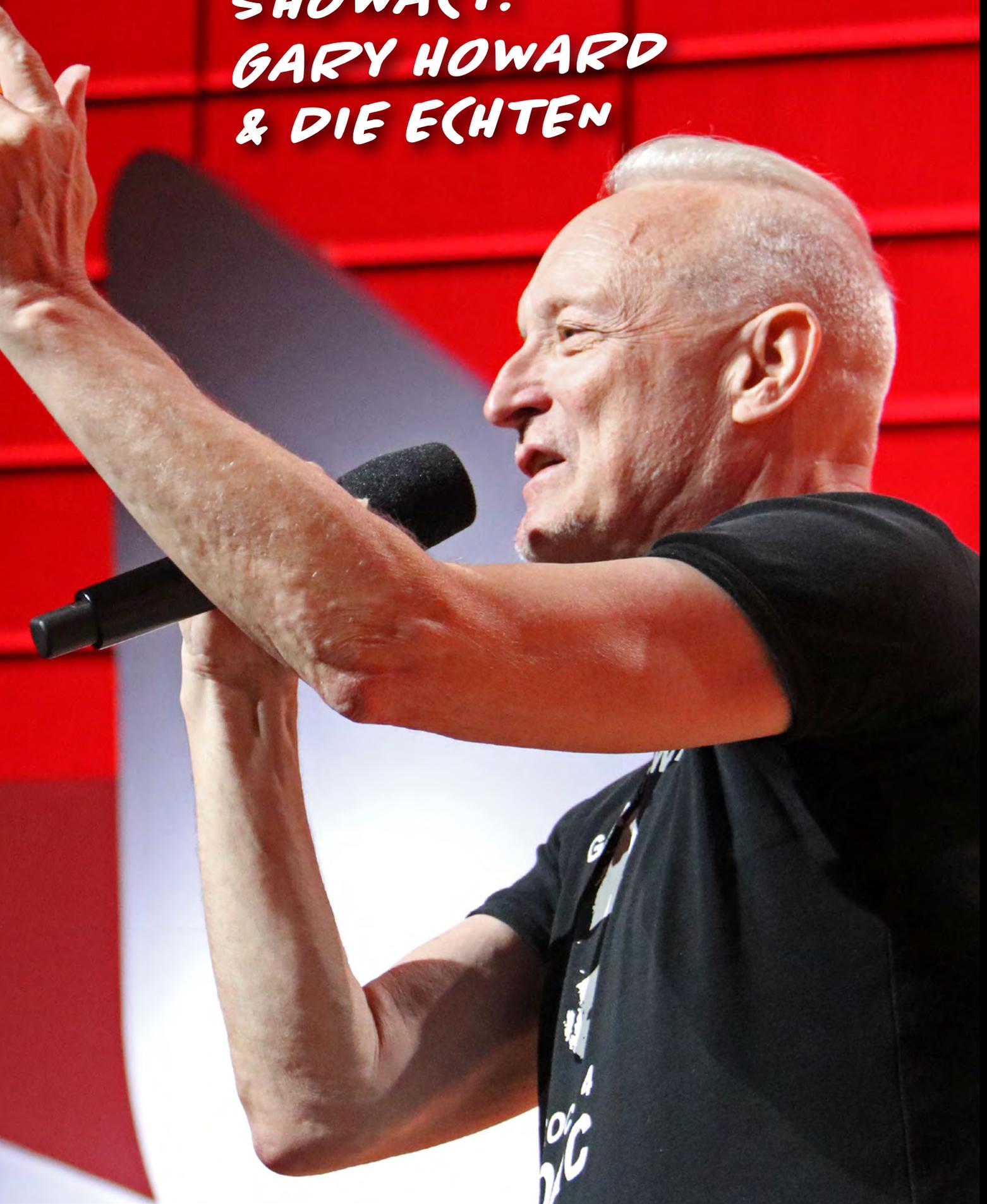
ERÖFFNUNGSSHOW: DANCE INDUSTRY







**SHOWACT:
GARY HOWARD
& DIE ECHTEN**



ÜBERGABE „GOLDMEDAILLE DES LANDES WIEN“ AN RAINER WIMMER







RAINER WIMMER



WOLFGANG KATZIAN



ENRICO SOMAGLIA

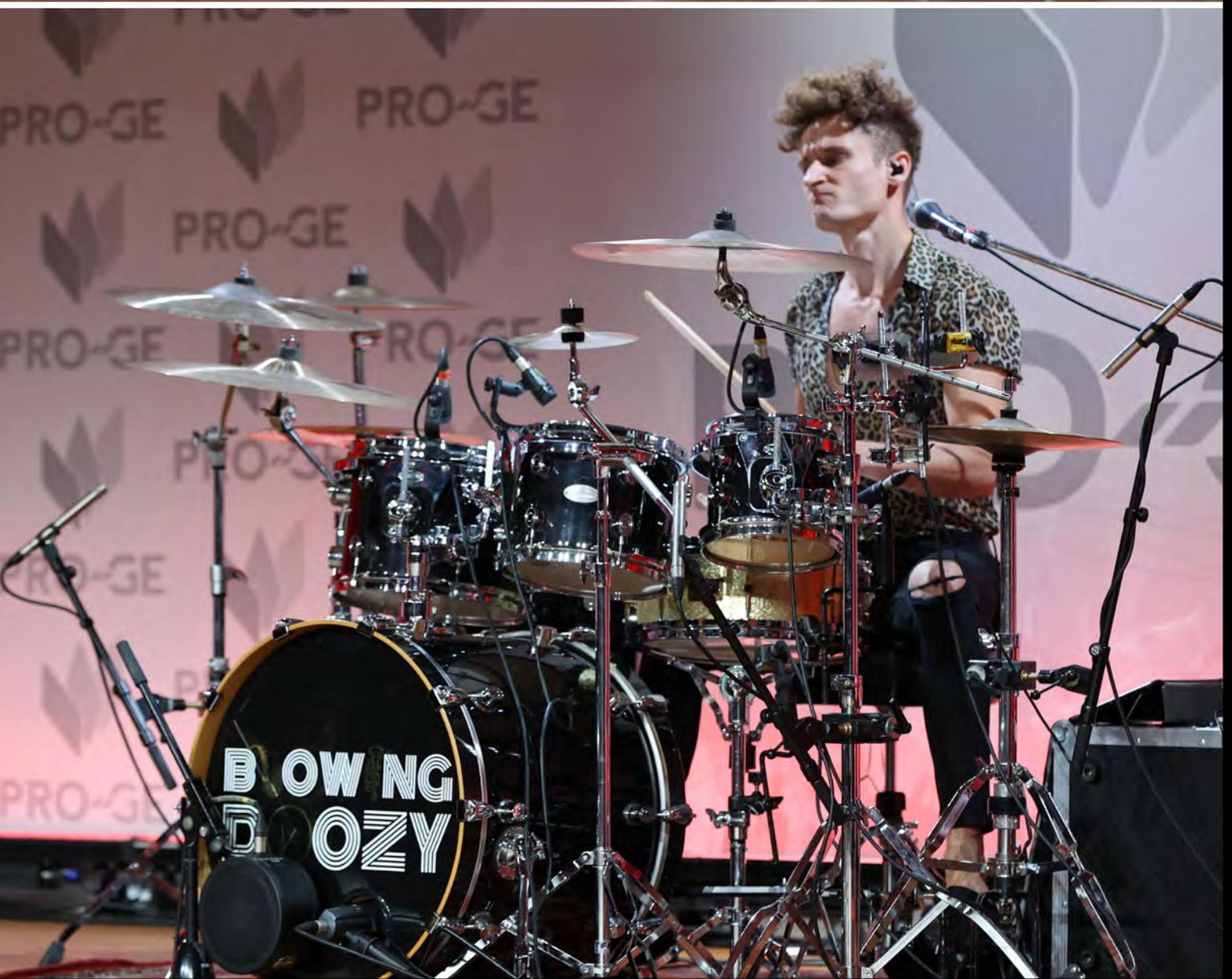


ATLE HØIE

**SHOWACT:
BLOWING DOOZY
& DANCE INDUSTRY**



ERÖFFNUNG





RENATE ANDERL



INHALTSVERZEICHNIS

1. REFERATE	19
Rainer Wimmer	20
Barbara Blaha	26
Prof. Dr. Klaus Dörre	34
Reinhold Binder	42
2. BERICHTE	50
3. WAHLERGEBNIS	52
4. MANDATSPRÜFUNGSKOMMISSION	53
5. GRÜßWORTE	54
6. SCHNAPPSCHÜSSE	57
7. BUNDESPRÄSIDIUM	76
8. BUNDESVORSTAND	80

PRO-GE

9. TEILNEHMER:INNENLISTEN	85
Pionier:innen	85
Stimmberechtigt Delegierte	85
Gastdelegierte	86
Beratend Delegierte	86
10. VERABSCHIEDUNGEN	87
11. ABENDVERANSTALTUNG- RATHAUSEMPFANG	103
12. BUNDESLÄNDERFOTOS + GRUPPENFOTOS	113
13. HINTER DEN KULISSEN	139
14. ARBEITSPROGRAMM	152
15. GESCHÄFTSORDNUNG	154
16. BERICHT	156



PRO-GE

*Unsere ARBEIT, unser LEBEN,
unsere ZUKUNFT!*

DIE PRODUKTIONSGEWERKSCHAFT



REFERATE



BERICHTE



RAINER WIMMER

PRO-GE BUNDESVORSITZENDER 2009–2023

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, geschätzte Ehrengäste, die letzten fünf Jahre waren sehr erfolgreich, aber sie waren auch sehr fordernd. Es hat sich viel getan, es ist viel geschehen. Die Pandemie hat gezeigt, was es heißt, wenn man zusammenräumen muss. Sie hat gezeigt, wie es ist, wenn keine Autos auf den Autobahnen fahren und die Straßen menschenleer sind. Wir haben uns überhaupt nicht vorstellen können, dass sowas jemals passieren kann. Und es gab riesige Unsicherheit und, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage das auch deshalb, weil die damalige Bundesregierung – ihr könnt euch sicher noch an die Pressekonferenzen erinnern, die da 200 Mal, wöchentlich, täglich, stattgefunden haben: Die haben nicht Angst genommen, die haben Angst geschürt, Kolleginnen und Kollegen. Wenn sie da reinmarschiert sind, mit den schwarzen Anzügen, und gesagt haben, was jetzt alles auf uns zukommen wird. Kolleginnen und Kollegen, das Land stand still. Nur unsere Produktionen standen nicht still. Und ich sag das auch deshalb, weil sehr viele Kolleginnen und Kollegen zu uns gekom-

men sind, angerufen haben: „*Warum müssen wir arbeiten, warum bleiben wir nicht zu Hause oder können wir Homeoffice machen?*“ Kolleginnen und Kollegen, die hatten Angst. Sie hatten Angst um ihre Gesundheit, sie haben gesagt, ich fürchte um mein Leben. Kolleginnen und Kollegen, unsere Produktionen, die kann man daheim nicht machen, das geht nicht. Du kannst den Hochofen nicht von zu Hause aus steuern, auch nicht die Wurst-Produktion oder die Beschichtungsfirma. Das geht alles zu Hause nicht. Und darum, liebe Kolleginnen und Kollegen, ihr wart die, die dieses Land am Laufen gehalten haben. Ihr wart die, die geschaut haben, dass es weitergeht, und dafür gebührt euch ein außergewöhnlich besonderer Dank, liebe Freundinnen und liebe Freunde.

Kein Mensch hat sich vorstellen können, dass ein paar hundert Kilometer von uns Krieg herrscht. Kolleginnen und Kollegen, vor 15 Monaten war das alles anders. Unvorstellbares Leid. Kinder, Frauen, ältere Menschen sterben unter den Trümmern, zerbombte Häuser. Und dabei ist es gar nicht so lange her,

da haben wir diesem besessenen Diktator, diesem verrückten Diktator, noch den roten Teppich in Österreich ausgerollt. Wir wissen das ja noch, das wurde ja alles in den Zeitungen und in den Medien gezeigt. Wir hören täglich Meldungen über das unermessliche Leid. Vor ein paar Monaten hat uns das noch sehr betroffen gemacht, aber wir spüren immer öfter und immer mehr und ertappen uns selber, wie abgebrüht wir werden.

Die letzten fünf Jahre, wie schon angesprochen, waren eine große Herausforderung. Die politischen Rahmenbedingungen waren katastrophal. Noch nie hat eine Regierung den Arbeitnehmern so weh getan, so geschadet und so gegen die Menschen gearbeitet, liebe Kolleginnen und Kollegen. Vor allen Dingen gegen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Ich werde heute nicht mehr wieder alles aufzählen, was passiert ist. Aber wir haben gesehen, auch als Gewerkschaft, wenn du keine Verbündeten in der Regierung hast, dann haben die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein riesiges Problem. Die haben nämlich dann nichts zu la-

PRO-GE

chen. Und wir sehen das jetzt auch gerade zum jetzigen Zeitpunkt bei der Bekämpfung der Inflation, bei dieser maßlosen Teuerung, wo ja die Menschen stöhnen, nicht mehr wissen, wie sie das Auslangen finden. Und ich sage das auch, weil Österreich Spitzenreiter bei der Teuerung ist. Wir haben hier in Österreich die höchste Inflation Europas, Kolleginnen und Kollegen, die Menschen wissen nicht mehr, wie sie über die Runden kommen. Ich habe gestern eine Studie mir näher angeschaut: 35 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher wissen nicht, wie sie wirtschaftlich

das nächste Monat über die Runden kommen. Und, Kolleginnen und Kollegen: In einem der reichsten Länder der Welt, in einem so reichen Land wie Österreich, darf so etwas nicht passieren, Kolleginnen und Kollegen. Man muss sich schämen für solch eine Politik, die hier zur Teuerung gemacht wird, liebe Freundinnen und Freunde.

Die Länder zeigen es uns ja vor. Wir brauchen eh das Rad nicht neu erfinden: Spanien, Portugal, Italien, Griechenland, Deutschland, die zeigen uns doch, wie es geht. Und mittlerweile weiß jeder Mensch, Kolleginnen und Kollegen, das ist unbestritten mittlerweile, auch jene, die immer das Gegenteil gesagt haben, nur sie trauen es sich oftmals nicht so laut sagen: Wenn nicht in Preise eingegriffen wird, steigen die Preise weiter, steigt die Inflation weiter, und genau das passiert zum jetzigen Zeitpunkt, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen. Und die Regierung macht genau das Gegenteil. Sie heizen mit ihrer Almosenpolitik mit Einmalzahlungen, mit unverschämten Mieterhöhungen die Inflation richtig noch an. Das heißt, genau

das Gegenteil wird gemacht. Kolleginnen und Kollegen, und dies ist einfach die falsche Politik, und ich sage auch: Die machen das absichtlich. Ich habe mir das ja nicht vorstellen können, aber die haben überhaupt kein Interesse. Die haben überhaupt kein Interesse, dass das anders wird. Wir betteln jetzt schon monatelang und es geben uns ja teilweise Wirtschaftsforscher recht, aber die Regierung macht das nicht. Und, Kolleginnen und Kollegen: Bei sprudelnden Budgeteinnahmen, bei den höchsten Budgeteinnahmen aller Zeiten, ja, warum soll der Bundesminister für Finanzen das machen? Jawohl, sie schauen zu, wie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Pensionistinnen und Pensionisten, die Arbeitslosen abgezockt werden.

Und was der Regierung offensichtlich völlig egal ist und ich sage das auch deshalb hier ganz besonders laut: Die österreichische Wirtschaft bekommt langsam Probleme mit der Wettbewerbsfähigkeit. Jetzt sind wir immer noch Optimisten und wir haben ja auch unsere Argumentationen bereit und bitte mich nicht falsch zu verstehen: mein Mitleid für die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber hält sich in Grenzen, weil die letzten fünf Jahre ja außergewöhnlich gut waren. Das zeigen





auch die Daten der WKÖ, und die sind unverdächtig. Wir schauen uns auch gerne die Dividendenausschüttungen an, meine geschätzten Damen und Herren der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber. Wir schauen ein bisschen genauer hin, was euch übrigbleibt. Wir haben uns auch die Medienberichte angesehen, wo ein Rekordergebnis das andere jagt. Das hat es natürlich auch gegeben. Aber wir haben zur Zeit eine rollierende Inflation von zehn Prozent. Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, was das bedeutet, muss uns allen klar sein. Herr Collini, nein, bitte bleiben sie sitzen, Herr Collini, mein Verhandlungsgegenüber! Wir haben oftmals um Zehntelprozent um 3 Uhr früh gestritten! 3,4; 3,3 Prozent. Ich habe immer gesagt, wir werden irgendwann eine Inflation kriegen, da werden wir nicht wieder um Zehntelprozent streiten, sondern da werden sie dann das Zwei- oder Dreifache zahlen müssen. Jetzt haben wir diese Inflation!

Und jetzt weiß ich schon, das ist alles kompliziert und das ist nicht einfach, aber die Menschen dürfen bei dieser Inflation nicht alleine gelassen werden. Und wir werden wieder streiten müssen, Kolleginnen und Kollegen.

Aber ich hab ja keine Angst, wir werden uns schon zusammenraufen. Also die Angst habe ich ganz sicher nicht. Aber wenn die Inflation so hoch ist und die Wirtschaft nicht immer so pulsierend wirkt (es ist ja gar nicht sicher, ob es tatsächlich so ist, wir spüren das ja immer ein bisschen anders), aber dann sind immer die Gelehrten aufgerufen, etwas dazu zu sagen. Die Gelehrten früher nennen wir jetzt einmal Wirtschaftsforscher. Wir haben ja schon darauf gewartet, nicht wahr? Und da gibt es dann wirklich sehr gute Vorschläge, die aber ganz schwer umzusetzen sind. Der Vorschlag lautet, die Sozialpartner sollen eine Vereinbarung machen. Die Unternehmen erklären sich bereit, die Preise einzufrieren, und die Gewerkschaften erklären sich bereit, geringere Abschlüsse zu akzeptieren.

Ich meine, das ist ja eine Gaudi. Weil: Jetzt die Preise einfrieren? Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben jetzt mitgekriegt, vor allen Dingen die Lebensmittelpreise, die sind zwischen 30 und 70 Prozent gestiegen. Da ist es ja abgegangen! Und die Handelskonzerne, die genau dieses Zeug verkaufen, die verdienen sich eine goldene Nase und sagen genau das Gegenteil. Und jetzt diese erhöhten Preise einzufrieren? Da müsste man ja wirklich

verrückt sein, liebe Kolleginnen und Kollegen. Und deshalb werden wir das auch niemals machen! Liebe Freundinnen und Freunde, so kann man das ganz sicher nicht machen!

Da hat uns der Finanzminister letzte Woche auch nochmal beglückt mit einer nicht überraschenden Aussage, weil immer wenn Feuer am Dach ist, richtet er uns aus, jetzt müssen die Sozialpartner Verantwortung zeigen. Jetzt müsst ihr zusammenhelfen! Jetzt geht es um alles! Jetzt auf einmal. Und deshalb an dieser Stelle ganz klar gesagt: Wir leben ja Gott sei Dank in einem freien Land. Und jeder kann tun und lassen, was er will, alles was im rechtlichen Rahmen ist, und jeder kann sagen, was er will. Aber wenn irgendwer glaubt, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer jetzt die Suppe auslöffeln, weil die Regierung nicht fähig ist zu lösen und wir auf Geld verzichten sollen, weil die Regierung unfähig ist, die Teuerung zumindest abzuschwächen, dann sind die am Holzweg und da werden sie sich gehörig täuschen! Liebe Kolleginnen und Kollegen, das werden wir ganz sicher nicht machen!

Geschätzte Ehrengäste und liebe Freundinnen, liebe Freunde. Wenn man schon, so wie ich, eine Zeit-

PRO-GE

lang auf der Welt ist oder schon ein bisschen länger auf der Welt ist, so wie ich, dann werden meistens die Kontakte zu den Ärztinnen und Ärzten etwas intensiver. Ihr werdet selber draufkommen, dass es euch genauso gehen wird. Diese Ärzte geben dann oftmals Tipps und Anregungen. Bei mir war es so. Meine Hausärztin hat gesagt: Ein bisschen kürzer treten, nicht immer so aufregen, warum regst du dich immer so auf? Da hat sie ja recht! Und dann hat sie geglaubt: langsam zur Ruhe kommen. Und dann kommt natürlich reflexartig von mir die Frage, warum ich? Und wenn man den Ärzten nicht glaubt und wenn man aber trotzdem auf Nummer sicher gehen will, dann wirfst du einen Blick auf deine Geburtsurkunde und ich kann auch von dieser Stelle berichten: Ich habe das gemacht. Und dann kannst du auch Entscheidungen treffen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist ja schon lange kein Geheimnis mehr: Bei diesem Gewerkschaftstag wird eine neue Seite in der PRO-GE aufgeschlagen. Und ich kann euch versichern, zumindest den Vorschlag, den wir jetzt erarbeitet haben, gemeinsam, der kann sich sehen lassen. Und da müssen sich die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber mit verantwortungsbewussten Leuten auseinandersetzen, und ich

sag das auch, da müsst ihr euch warm anziehen! Da geht nix!

Aber wenn so ein Ereignis bevorsteht, da kannst du dir auch einfach was wünschen, und das nehme ich mir jetzt einfach heraus. Ich probiere es zumindest. Vor Verhandlungsbeginn, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat die Metallindustrie es jetzt so eingeführt, dass sie Pressekonferenzen macht. Und da gibt es dann im Sommer – ich weiß jetzt nicht genau wann, aber ich glaube im Juli oder August – gibt es dann die Pressekonferenz des größten Fachverbandes. Und ich habe mir die Mühe gemacht, mir die Aussendungen zu diesen Pressekonferenzen der letzten neun Jahre (weil wenn du alt wirst, fängst du an zu sammeln) etwas genauer angesehen. Ich bin dann draufgekommen, es gibt da immer eine Einleitung und dann gibt es einen Hardcore-Teil und irgendwie ist er in all den Jahren ähnlich. Nicht gleich, aber ähnlich. Da geht es dann immer ein bisschen schlechter, da weiß man nicht genau wegen der Konjunktur, schwarze Wolken, und da müssen wir erst schauen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, was mir da ein bisschen abgeht, ist der Optimismus. Daher mein erster Wunsch: ein bisschen mehr Zuversicht, geschätzte Damen und Herren der

Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber. Das würde uns allen helfen: Ein bisschen mehr Zuversicht!

Wir haben in den letzten Jahren auch große Erfolge feiern können, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die Angleichung der Arbeiter:innen, Angestellten. Es hat ein bisschen lange gedauert, Kolleginnen und Kollegen. 1921 Angestelltengesetz, 2021 Umsetzung. 100 Jahre! Naja, Gott sei Dank, dass wir es jetzt haben. Nur, ich sage das auch deshalb, weil wir in den nächsten Tagen einen Mindestlohn von 2.000 Euro beschließen werden. Nächste Woche ist ÖGB-Kongress, wir werden morgen und übermorgen dieses Thema hier herinnen schon diskutieren und beackern und ich sage das deshalb, die 2.000 Euro, und wahrscheinlich schau ich jetzt in die falsche Richtung, weil ihr seid da ja sehr entspannt, weil das haben wir hier schon über weite Strecken. Aber in anderen Bereichen haben wir das nicht, und deswegen schau ich auf die andere Seite, die kennen sich eh aus, weil sie kennen ja alle ihre Kollektivverträge auswendig. Aber was ich sagen will, 100 Jahre warten wir nicht mehr darauf, Kolleginnen und Kollegen, diesmal muss es ein bisschen schneller gehen, Gell, nicht 100 Jahre warten!



Aber ich möchte die Gelegenheit auch wahrnehmen, unseren Sozialpartnern heute Danke zu sagen. Danke zu sagen, weil man doch über weite Strecken gemeinsam viel weitergebracht hat, und das sage ich auch ganz offen: Es war nicht immer einfach mit euch. Überhaupt nicht. Aber ich befürchte, dies beruht auf Gegenseitigkeit, und wir kennen uns und wissen das ja. Aber ich glaube, es ist ganz wichtig zu sagen, unser gemeinsamer Weg war gekennzeichnet von drei wichtigen Dingen: Augenhöhe, Handschlagqualität und Respekt. Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, dafür möchten wir uns bedanken, und der zweite Wunsch von mir ist, dass dieser Respekt so aufrecht bleibt wie in der Vergangenheit.

Man lernt ja nie aus, Kolleginnen und Kollegen, auch wenn man schon so lange im Geschäft ist. Vor ein paar Wochen ist es uns insbesondere so gegangen, oftmals auch in der eigenen politischen Familie zu erklären, den Unterschied zwischen Mindestlohn und gesetzlichem Mindestlohn. Das war in den letzten Wochen gar nicht so einfach. Kompliziert und anstrengend wird es dann, wenn es gar nicht der politische Gegner ist, sondern wenn du es einem eigenen Freund erklären musst. Und, lieber Bürgermeister, weil du in der ersten Reihe sitzt, du warst da tatkräftig unterstützend. Und, lieber Präsident, du hast dir ja auch den Mund fusselig gesprochen, manche haben es kapiert, manche weiß ich nicht, ich hoffe es aber. Jedenfalls ihr könnt ein

Lied davon singen, dass es wirklich kompliziert und nicht einfach war und darum sage ich: Lohnpolitik ist Aufgabe der Sozialpartner. Lohnpolitik ist das Kerngeschäft von Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände in der Wirtschaftskammer. Lohn- und Gehaltspolitik darf nicht von politischen Mehrheiten abhängig sein, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das ist ganz, ganz, ganz wichtig.

Ja, liebe Freundinnen, liebe Freunde, geschätzte Ehrengäste: Viel Arbeit liegt vor uns, vor euch. Wir haben alle Hände voll zu tun. Damit darf ich unseren vierten Gewerkschaftstag als eröffnet erklären.

Ein herzliches Glück auf! Danke!

PRO-GE





BARBARA BLAHA

LEITERIN MOMENTUM INSTITUT

Vielen, vielen Dank, dass ich heute bei euch sein darf. Ich bin heute in diesen Saal hineingekommen – ich trag´ ganz viel vor, ich bin auf vielen Bühnen –, aber als ich heute hier stand, hats mich schon ein bissl gerissen. Da hab ich mir schon gedacht: Ok, das ist ein eher großer Saal. Umso größer die Ehre, dass ich heute bei euch sein darf. Ich mag euch etwas erzählen vom Franz. Franz war ein Maurergehilfe und ich wusste über Franz absolut gar nichts. Bis ich nach Ottakring gezogen bin, in ein richtig altes Zinshaus, so eines, wie man es heute kaum noch kennt. Manche meiner Nachbarn haben ihr Klo noch am Gang. Das sieht man wirklich selten. Und kurz nachdem ich eingezogen bin, kommt meine Oma zu mir und sie sagt zu mir: Barbara, das glaubst du nicht, ich hab was gefunden, das gibt es einfach nicht. Und sie zieht aus ihrer Tasche die Geburtsurkunde ihrer Mutter, meiner Uroma. Die ist 1912 geboren worden und im Jahr ihrer Geburt war ihr Vater, also mein Ururgroßvater, an genau der Adresse gemeldet, in die ich 100 Jahre spä-

ter gezogen bin. Mein Ururopa war dort ein Bettgeher. In genau dem Haus, in dem ich heute noch wohne. Er hatte das Geld nicht, um sich überhaupt nur ein eigenes Bett leisten zu können, er musste sich sein Bett mit wem anderen teilen, acht Stunden schläft der drin, acht Stunden später schläft wer anderer drin.

Er hat damit gelebt wie 170.000 andere Arbeiter in Wien zur damaligen Zeit. Und es ist ihm wahrscheinlich immer noch besser gegangen als den Tausenden Ziegelböhmern, die jene Ziegel hergestellt haben, mit denen das Haus gebaut worden ist, in dem er gelebt hat. Mit deren Ziegeln ist ja eigentlich halb Wien gebaut worden. Und die hatten nicht einmal ein Teilzeit-Bett. Die mussten in Werksbaracken hausen. Das war verpflichtend, eine andere Möglichkeit gab es für sie gar nicht, und ihr Lohn wurde in sogenannten Blech-Marken ausbezahlt. Kleine Blech-Marken, die man nur in betriebseigenen Geschäften und Wirtshäusern einlösen konnte – also das, was sich der Industrielle damals unter Kreislaufwirtschaft vorgestellt hat. Victor Adler hat die-

se Werke damals heimlich besucht. Er hat damals ein Gespräch belauscht zwischen einem Wirten und einem Arbeiter, und der Arbeiter hat sich bitterlich über die Qualität des Essens beklagt, dass er um diese mühsam erarbeiteten Blech-Marken bekommen hat. Und der Wirt schaut den Arbeiter an und sagt: *„Und wenn ich in die Schüssel scheiße, müsst ihr’s auch fressen!“* Viktor Adler schreibt dann weiter: *Der Mann hat recht. Sie müssen.*

Seither hat sich natürlich viel geändert. Ich habe ein eigenes Bett. Ich habe sogar eine eigene Wohnung. In dem Haus in Ottakring, in dem mein Ururopa gelebt hat, gibt es keine Bettgeher mehr. Aber manches, manches ist irgendwie gleich geblieben. Leistung zum Beispiel. Leistung, die sich ja eigentlich nicht lohnt. Das hat gestimmt für die Ziegelböhmern, die 15 Stunden am Tag hackeln mussten, aber das stimmt heute auch für den LKW-Fahrer, der de facto auf der Straße lebt, weil es anders nicht geht. Leistung, harte Arbeit? Lohnt sich irgendwie nicht. Dabei muss sich die Leistung doch lohnen, das ist doch ein Satz, den wir immer und immer

PRO-GE

wieder hören, meist von Leuten, die vor allem durch ganz, ganz spektakuläre Gehälter auffallen und weniger durch ihre Leistung.

Einspielung Sebastian Kurz: „*Leistung muss sich lohnen und Arbeit muss sich auszahlen. Also wenn es diesen Grund-Kompass nicht mehr gibt, dann kommen wirklich düstere Zeiten auf unser Land zu.*“

Ja, Leistung. Er weiß, wovon er spricht, ganz sicher ... Also warum kommen jene trotzdem andauernd mit der Leistung um die Ecke und reiben uns das bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit unter die Nase? Dieses Märchen, das sie uns schon so lange erzählen. Dieses Märchen, das uns aufgetischt wird, das uns erklären soll, wie es gekommen ist, dass der eine da oben steht und alle anderen da unten bleiben müssen. Menschen, sagen sie, leisten eben unterschiedlich, das muss man auch unterschiedlich bewerten. Und wenn sie nicht gestorben sind, dann hackeln sie noch heute, oder wie? Schauen wir uns das einmal an in der Realität, schauen wir uns das einmal an am Status quo. Wie schauts denn da aus? Das ist doch so: Die wahren Leistungsträgerinnen und

Leistungsträger sitzen unten. Die sind unterbezahlt und unsichtbar. Und wer das bisher nicht geglaubt hat, dem hats ja vielleicht Corona vor Augen geführt. Es gibt in Österreich immer noch Berufe, die sind Vollzeit unter der Armutsgrenze bezahlt, netto. Grundsätzlich gilt die Regel, je nützlicher ein Job ist für die Allgemeinheit – und alle Frauen im Saal wissen, wovon ich rede –, je nützlicher ein Job ist für die Allgemeinheit, desto weniger gut ist er bezahlt. Je härter die Arbeit, desto schlechter ist die Arbeit bezahlt.

Der Spitzenmanager hat uns nicht durch Corona gebracht. Aber der Spitzenmanager ist es, der bereits am siebten Jänner so viel verdient wie ein durchschnittlicher Arbeitnehmer im ganzen Jahr. Das Verhältnis hier ist eins zu 80. Also der durchschnittliche Österreicher

kriegt eins, der Spitzenmanager, die Spitzenmanagerin kriegt 80. Jetzt frag ich euch: Arbeitet der 80-mal so hart? Hat dem sein Tag 80-mal mehr Stunden, wir nur 24, der fast 2000? Eher nicht. Eins zu 80 ist arg. Aber so richtig arg, so richtig arg wirds, wenn wir auf das Vermögen schauen im Verhältnis. Das durchschnittliche Vermögen eines Österreichers – viel hat er nicht, aber ein bissl was – zu den Top-Vermögenden ist eins zu 83.000! Ich finde, die Zahl zeigt uns sehr gut, wie extrem ungleich Vermögen in diesem Land verteilt ist. Aber

wenn es euch tröstet, das ist nicht nur bei uns so. Extreme Ungleichheit sehen wir auf der gesamten Welt. Das reichste Prozent kassiert jedes Jahr fast ein Viertel der weltweiten jährli-





chen Wertschöpfung. Die Besitzer des halben Vermögens, das wir auf der gesamten Welt haben, passen in ein Klassenzimmer. Die 26 reichsten Menschen haben so viel Kapital wie die Hälfte der Weltbevölkerung zusammen. 26 zu 4 Milliarden – das ist das Verhältnis. Und Pandemie, Krieg und Teuerung machen die Dinge nicht gerade besser, die haben dieses Problem natürlich zusätzlich angeheizt. Seit 2020 hat das reichste Viertel eine richtig gute Zeit gehabt. Das reichste Prozent der Welt hat zwei Drittel des gesamten Vermögenszuwachses eingesackt. Und wir, die anderen 99 Prozent, mussten uns mit nur einem Drittel begnügen und uns darum raufen.

Und auch in Österreich heizt die Teuerungs-Krise die Ungleichheit weiter an. Aktuell sehen wir das, aktuell sinkt der Lebensstandard der allermeisten Menschen in Österreich. Nicht nur die Energiekosten rennen durch die Decke, auch bei den Lebensmitteln sehen wir Preise, die durch die Decke schießen, im Schnitt bis zu 20 Prozent, in Extremfällen bis zu 60 Prozent mehr. Und um bis zu einem Viertel mehr muss man Miete zahlen als noch vor zwei Jahren. Österreich ist das Land mit der höchsten Inflationsrate aller 14 westli-

chen EU-Nationen. Und um diesen Spitzenplatz haben wir wacker gekämpft. Zwei Drittel der Teuerung holen wir uns nämlich nicht mit den hohen Energiekosten ins Land. Die machen wir uns schön selber. Zwei Drittel der Inflation in Österreich sind hausgemacht. Im Windschatten des Krieges halten alle, die können, die Hand auf. Am deutlichsten merkt ihr das an der Tankstelle bei den Mineralölkonzernen. Ja klar, mit Kriegsausbruch ist der Rohölpreis durch die Decke gegangen, das stimmt. Aber dann ist er wieder abgesunken. Trotzdem war tanken über viele Monate deutlich teurer als vor Kriegsausbruch. Wie kann das sein? Naja, Mineralölkonzerne wie die OMV schlagen seit Kriegsbeginn einfach ein Vielfaches auf ihre Gewinnmarge drauf. Die Handelsspanne war phasenweise dreimal so hoch wie im 5-Jahres-Schnitt davor. Da klingelt die Kasse. Letztes Jahr hat die OMV drei Milliarden Euro Übergewinn gemacht, drei Milliarden Euro mehr Gewinn als in Friedenszeiten. Um sich das noch einmal herzuholen, weil drei Milliarden kann ich mir schon wieder so schlecht vorstellen: Das heißt, sie haben jeden Tag 2022, jeden einzelnen Tag acht Millionen Euro mehr Gewinn gemacht als in einem normalen Jahr. acht Millionen Euro jeden Tag, und ihr habt das alle

bezahlt. An der Tankstelle, weil kein Zug vor eurer Tür stehen bleibt, ihr das Auto nicht stehen lassen könnt, weil ihr das vielleicht sogar beruflich macht, im Außendienst tätig seid. Die Verlierer sind am Ende wir.

Aber es sind nicht nur die Mineralölkonzerne. Die Europäische Zentralbank kam zu dem Schluss, dass in ganz Europa die übermäßigen Preissprünge der Konzerne die Teuerung deutlich mehr antreiben, als es die Löhne tun. Zwei Drittel der aktuellen Teuerung gehen auf diese übermäßigen Preissprünge zurück. Das meine ich mit: Im Windschatten des Krieges halten alle die Hand auf, die können. Aber he, jetzt regt euch mal nicht auf. Wenn ihr im Supermarkt hohe Preise habt, für überteuerte Lebensmittel, und die wirklich kauft, dann seid ihr echt selber schuld. Der Wirtschaftsminister hat das ja sehr schön formuliert: Wenn jemand – also ihr – die teuer gewordenen Produkte kauft, dann gibt es dafür ja auch eine Nachfrage. Also wenn ihr genug von der Inflation habt, hört mit dem Essen auf oder so. Es reißt sich ein in viele andere besonders gute Tipps. Könnt ihr euch noch erinnern, Johanna Mikl-Leitner hat uns geraten, wir sollen uns statt zehn nur mehr drei Ballkleider kaufen? Dann gab es noch diese Energiespar-Tipps. Das war dann endgültig

PRO-GE

Realsatire. Wir sollen weniger heizen, nicht mehr baden und beim Kochen einen Deckel auf den Topf tun.

Es wäre fast zum Lachen, wenn es nicht so traurig wäre. Solche Tipps wurden erarbeitet, solche Kampagnen wurden aufgelegt, statt politisch dafür zu sorgen, dass die OMV eben nicht jeden Tag acht Millionen Euro von uns abcasht. Aber politisch war sehr lang Sendepause seit Ausbruch des Kriegs. Erst nach ewigem Hin und Her und viel europäischem Druck hat der Finanzminister endlich eine Übergewinnsteuer aufgelegt. Es war eine schwere Geburt, aber keine Sorge, die Kriegsgewinnler müssen sich vor dieser Steuer nicht fürchten. Für das letzte Jahr wissen wir ja schon: 90 Millionen Euro wird die OMV zahlen. Zur Erinnerung. Das ist so viel, wie die OMV in elf Tagen an Sonderkriegsgewinn mit uns gemacht hat, 2022. Elf Tage haben sie gebraucht, um diese 90 Millionen Euro zu verdienen. Das ganze restliche Jahr schenken wir ihnen. Und jetzt kann man natürlich sagen: Ja, so ist es ja nicht, Barbara, es sind ja auch Hilfszahlungen ausgezahlt worden, Familien haben was gekriegt und ein paar andere auch noch. Ja, richtig. Aber diese Zahlungen sind kaum am Konto angekommen, auch schon wieder

verpufft. Die Teuerung ist ja immer da, die Hilfszahlung kam einmal. Und auf Preisbremsen wurde extrem spät und extrem zögerlich gesetzt. Grade mal ein bisserl mit dem kleinen Zecherl sind wir beim Strom auf die Preisbremse getreten, und das erst im Dezember letzten Jahres. Alle anderen Länder in Europa haben das ganz anders gelöst. Frankreich, Spanien, Deutschland, Belgien, Dänemark – alle sind auf die Preisbremse gestiegen und mit dem Fuß das ganze Jahr und länger auch wirklich drauf geblieben. Beim Gas, Strom, an der Tankstelle, im Supermarkt, bei der Miete, bei den Öffis.

Wir? Naja, eher nicht. Jetzt habe ich eine schlechte Nachricht für euch: Die Chance, mit Preisbremsen alle im Land zu entlasten, wie Frankreich und Spanien das gemacht haben, die haben wir verpasst. Die Chance hat Österreich verpasst. Selbst wenn wir jetzt noch bei der Energie voll in die Bremse steigen würden, es würde kaum noch etwas helfen. Die Unternehmen haben ihre hohen Energiekosten bereits voll – mit ihrem kleinen Zusatz-Aufschlag – bereits voll an alle anderen weitergereicht, also an uns. Die Preissteigerungen schieben sich bereits durch alle Wirtschaftsbereiche. Das heißt auch, die hohen Preise, die bleiben uns jetzt

auch noch länger erhalten. Und mit ihnen die Folgen. Ein Drittel aller Haushalte hat gar keine Reserven, um mit dieser hohen Teuerungswelle überhaupt umgehen zu können. Und wir wissen mittlerweile: Jeder dritte Haushalt kann mit seinem aktuellen Monatseinkommen die monatlichen Kosten gar nicht mehr stemmen. Das heißt, was die jetzt machen, ist: Sie fressen noch den letzten Notgroschen auf, und wenn der weg ist, müssen sie anfangen, sich zu verschulden. Aber ganz ehrlich? Auch weiter oben ist's zack. Die Lohnerhöhungen, die ihr letztes Jahr so mühsam errungen habt, die konnten die Teuerung nicht voll abfedern. Ist ja auch klar. Wir verhandeln ja immer mit Blick in den Rückspiegel. Wir schauen hier immer zurück, was war die Inflation bisher, nicht nach vorn. Das heißt, zuerst erhöhen die Unternehmen ihre Preise, dann kommen wir und erkämpfen höhere Löhne. Das heißt aber auch: Wer arbeitet, hat letztes Jahr mehr als vier Prozent reales Einkommen verloren. Wir können uns heute um vier Prozent weniger leisten um unser Einkommen als noch vor einem Jahr. Und vier Prozent hört sich vielleicht wenig an, aber die Grafik zeigt euch, das ist der höchste Reallohnverlust, den wir seit 60 Jahren in Österreich gesehen haben. Und weil politisch bei den Preisen so gut wie nichts passiert ist,



müsst ihr dieses Jahr bei den Lohnverhandlungen voll aufs Gas steigen. Wenn die Regierung nicht auf die Preisbremse steigt, müssen die Arbeitnehmervertreter bei den Lohnverhandlungen aufs Gas steigen.

Und da werdet ihr in den nächsten Wochen und Monaten vor allem eins zu hören bekommen: Es braucht jetzt Lohnzurückhaltung, sagen sie. [Einblendung Zitat von Holger Bonin (IHS), Anm.] Sagen sie eh schon länger, und das wird sich intensivieren, das werdet ihr noch viel, viel öfter hören in der nächsten Zeit, und das ist eine besonders perfide Umschreibung. Was der eigentlich sagt, ist: Die Wohlstandsverluste, die wir gerade erleben, die sollen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bitte weiter alleine fressen. Das sagt er. Und ich kann mich nicht erinnern, dass Experten und Expertinnen wie er in den letzten zwölf Monaten jemals bei den Konzernen Profitzurückhaltung gefordert hätten. Hab ich irgendwie keine Zeitungsschlagzeile in Erinnerung, da kam irgendwie nix. Aber Lohnzurückhaltung, das muss jetzt sein. Und was ihr auch ganz oft hören werdet, ist: Lohn-Preisspirale. Das werden sie euch jetzt täglich erzählen, dass ihr quasi schuld seid an der Inflation, wenn ihr hohe Lohnabschlüsse

holt. Noch einmal zur Erinnerung: Es ist umgekehrt. Die Unternehmen erhöhen zuerst die Preise, dann kämpft ihr um höhere Löhne.

Und ich weiß nicht, wie es euch geht. Mich macht das erstens zornig und zweitens ein bissl unruhig. Weil wir müssen uns klarmachen, was da jetzt auf uns zukommt. Auf hohe Preise folgt postwendend eine wirtschaftliche Krise. Ist ja klar, wenn ich weniger im Börsel habe, fange ich an, mich einzuschränken. Ich fange an zu sparen. Ich kaufe doch nicht die neue Hose. Im Supermarkt greife ich zum Billigsten. Ich gehe nimmer zum Wirten. Das fehlt dem Wirten aber, der Wirt kauft sich doch nicht den neuen Herd, das fehlt dem Elektro-Händler. Was macht der? Der stellt die neue Verkäuferin doch nicht an. Und das setzt sich fort, und so weiter, und so weiter, und so weiter. Das heißt, unsere Wirtschaft wächst nicht mehr. Sie schrumpft. Gleichzeitig haben wir eine leicht steigende Arbeitslosigkeit mittlerweile und weiterhin hohe Preise. Und diese wirtschaftliche Situation nennt sich Stagflation. Aber dieser Zustand ist keine Naturgewalt, genauso wie die hohen Preise nichts gewesen sind, dem wir völlig hilflos ausgeliefert waren. Man kann politisch was tun. Es gäbe auch heute

noch politisch eine Menge zu tun.

Erstens: Die Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel aussetzen zum Beispiel. Das gibt allen mehr Luft, die jetzt bereits jeden Euro dreimal umdrehen. Und wenn wir streng kontrollieren, dass der Handel die Steuersenkung auch tatsächlich weitergibt – wobei ich schon noch dazusagen möchte: Ich kann nicht fassen, wie selbstverständlich wir finden, dass Unternehmen sich in Österreich nicht an Gesetze halten. Es gibt sowas wie das Preisgesetz. Sie sind gesetzlich verpflichtet, die Steuersenkung weiterzugeben, aber alle tun so, als wäre es völlig normal, dass sie das wahrscheinlich nicht tun werden. Strenge Preiskontrollen finde ich aber ganz unabhängig davon eine gute Idee, denn sie helfen uns dabei, dass der extrem konzentrierte Lebensmittelhandel in Österreich endlich keine Fantasie-Preise mehr von uns verlangt. Was meine ich mit Fantasie-Preise? Kann sich jeder anschauen, der schon einmal im österreichisch-deutschen Grenzgebiet war. Fahrt rüber nach Deutschland, geht dort in den Supermarkt. Für den genau gleichen Einkauf mit den genau gleichen Sachen im Einkaufskorb zahlt man in Deutschland, zwei Kilometer Luftlinie vom österreichischen Billa, 13 Prozent weniger.

PRO-GE

Zweitens: Es braucht eine Mietpreisbremse. Und für dieses Jahr brauchen wir das rückwirkend. Ihr seht, die anderen Länder sind auf die Bremse gestiegen, wir nicht. Es rennen uns die Mieten davon, und so gut wir auch den Lohnabschluss verhandeln, das holen wir mit den Löhnen nicht ein.

Und drittens brauchen wir konkrete Modelle für Übergewinnsteuern. Erst wenn klar ist, dass die Politik wirklich gewillt ist, reinzugreifen, dann wissen die Unternehmen auch, es zahlt sich gar nicht aus, die Preise weiter zu erhöhen und die Gewinne zu steigern, weil es wird ja sowieso abgeschöpft. Eine Branche, wo wir gleich einmal anfangen könnten, das zu besprechen, sind die Banken. Die geben uns jede Erhöhung des Leitzinses in Sekundenschnelle weiter, wenn es um unsere Kreditraten geht. So schnell kannst du nicht schauen, ist die Kreditrate schon wieder oben. Die Sparzinsen auf deinem Konto hingegen kannst du wirklich mit der Lupe suchen. Insgesamt läuft es eher politisch in Österreich in eine andere Richtung. Wir schenken den Konzernen jetzt mit Jänner wieder die nächste Steuersenkung, nämlich die Senkung der Körperschaftsteuer. Damit ist es besonders schön für sie, denn sie bekommen

dadurch jedes Jahr eine Milliarde Euro an Gewinnsteuern geschenkt. Einfach so. Dabei bräuchten wir im Budget dringend mehr Spielraum, nicht weniger. Stichwort Klimakrise.

Wie könnte das gelingen? Mit vierstens einer Steuerreform, die den Faktor Arbeit endlich wirklich entlastet und dafür auf faire Beiträge von Vermögen und großen Erbschaften setzt. Weil derzeit ist es ja so: Derzeit kommen von 100 Steuer-Euros 80, oder fast 80, aus Arbeit und Konsum. Also von uns. Und vier von diesen 100 Euro kommen aus dem Vermögen. 80 zu 4 – das soll gerecht sein? Da brauch ich noch gar keine Teuerungs-Krise, dass ich möchte, dass wir dieses Steuersystem fairer gestalten. Und wer diese Zahlen einfach nur benennt, einfach nur sagt, was Sache ist, kann fix damit rechnen, in Sekundenschnelle, wie das Amen im Gebet, kommt folgender Vorwurf: Bist ja nur neidisch! Wer von uns will schon gern neidisch sein? Ist total praktisch. Mit nur einem kleinen Wort bringt man alle zum Schweigen, die weniger haben. Und in diesem Schweigen müssen die, die mehr haben, ihre eigenen Vorteile überhaupt nicht mehr rechtfertigen. Lasst die Reichen doch reich sein.

Was die Neid nennen, ist doch in Wahrheit nichts anderes als unse-

re Sehnsucht nach einer besseren, nach einer anständigeren Gesellschaft. Nach einer Gesellschaft, die exzessive Ungleichheit nicht zulässt. Eine Gesellschaft, in der wurscht ist, wie viel Geld deine Eltern haben, weil alle die gleichen Chancen haben. Das ist doch eine Gesellschaft, die wir anstreben, eine Gesellschaft, die wir gut fänden, und das ist eine Gesellschaft, die uns sicher nicht geschenkt wird. Die müssen wir tatsächlich erkämpfen. Das hat sich überhaupt nicht verändert. Das hat für meinen Urgroßvater gestimmt. Das gilt für mich, das stimmt für euch alle. Wir sinds, die sich in den Wind stellen müssen. Und was wir auch wissen, und das seit über 100 Jahren, wenn wir keinen Gegenwind spüren, dann stehen wir falsch, und zwar ganz falsch. Daran könnten wir uns vielleicht wieder erinnern. Erinnern wir uns doch daran, was wir alles zusammengebracht haben, weil wir seit über 100 Jahren im Wind stehen. Die Generation von meinem Urgroßvater, die hat mit allem gekämpft, was sie hatte, und seien wir ehrlich, es war bei Gott nicht viel. Aber sie haben sich davon nicht entmutigen lassen, sie haben sich davon eher anfeuern lassen. Was haben sie gemacht? Sie haben weitergemacht, bis der Acht-Stunden-Tag da war.



Sie haben weitergemacht, bis der Kollektivvertrag da war. Sie haben weitergemacht, bis die Republik da war. Und ich weiß nicht, wo mein Urgroßvater an dem Tag war, als wir die Republik ausgerufen haben, aber ich wünsche mir sehr für ihn, dass er dabei gewesen ist.

Und wenn ihr in den nächsten Wochen und Monaten, wenn ihr in diese Auseinandersetzung geht, wenn ihr euch in den Wind stellt, das Gefühl habt, es ist so anstrengend, es geht nichts weiter, wir schaffen das nicht. Dann erinnern wir uns an die, die vor

uns da waren. Erinnern wir uns daran, dass der Zorn und die berechnete Wut der Leute auf die Verhältnisse der Antrieb unserer Bewegung sind. Das wir es sind, die ihren Zorn und ihren Neid artikulieren und dass wir eine Stimme sind für sie. Darum geht es ja am Ende des Tages. Das hat sich auch seit über 100 Jahren nicht verändert. Es geht um Gleichheit, es geht um Gerechtigkeit, es geht um unsere Würde.

Glück auf!

PRO-GE





PROF. DR. KLAUS DÖRRE

SOZIOLOGE, UNIVERSITÄT JENA

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich ahne, was Sie denken: Es ist früh am Morgen und jetzt kommt ausgerechnet der Soziologe und soll wach machen.

Ich habe **sechs Thesen**, in 20 Minuten. Deshalb: ich spitze gnadenlos zu. Doch die Rede ist schriftlich ausgearbeitet und sie wird Ihnen sicherlich auch zugänglich gemacht werden. Aber jetzt komme ich zur Sache und ich beginne akademisch:

„In einem Seminar [...] war ... schon drei Monate lang über Fabrikarbeit gesprochen worden, als das Bedürfnis nach einer statistischen Klarstellung aufkam. Auf die Frage: ‚Was meinen Sie: Wie viele Arbeiter statistisch betrachtet gibt es eigentlich [...]?‘, herrschte langes Schweigen. Dann wagte sich eine mutige Studentin vor: ‚200.000‘. Mehrere Studenten protestieren: ‚Nein, das ist zu wenig!‘ Ein anderer schätzt 2 Millionen. Eine lebhafte Diskussion beginnt. Nach einigem Hin und Her einigt man sich auf 1,5 Millionen ...“

Die geschilderte Szene stammt aus einem Buch der französischen Kol-

legen Beaud und Pialoux. Ich habe sie ähnlich in eigenen Lehrveranstaltungen, aber auch außerhalb der Universität erlebt. Als ich dem Betriebsratsvorsitzenden eines süddeutschen Kugellagerwerks berichtete, dass Arbeiter von meinen Studierenden als eine dem Untergang geweihte Gruppe im sozialen Abstieg wahrgenommen würden, kommentierte er lakonisch: *„Sie haben ja recht! Wir sind fast schon Exoten. Wer eine Alternative hat, der wird nicht Arbeiter ...!“*

Das führt mich zu meiner ersten

These: Arbeiterinnen und Arbeiter empfinden sich als gesellschaftlich abgewertet – zurecht, wie ich meine! Zurecht nicht etwa, weil die erfahrene Abwertung als solche angemessen wäre, sondern weil solche Erfahrungen einen Wahrheitsgehalt besitzen. Produktion und Produzent:innen stehen einerseits im „Sturmzentrum“ gesellschaftlicher Veränderungen, andererseits kommen Arbeiterinnen und Arbeiter mit ihren Problemen und Interessen in den meinungsbildenden Öffentlichkeiten der Gesellschaft kaum vor. Dafür gibt es zahlreiche Beispiele.

Ich nehme eines aus der Zeit der Corona-Pandemie. In einem Essay schildert Eva von Redecker ein Glücksgefühl, das sie überkam, als sie pandemiebedingt eine Vortragsreise nach New York absagen musste: *„Es war einfach ein verblüffender Genuss von Offenheit – keine Termine, keine Fristen heute.“* „Bleibefreiheit“ nennt die Philosophin dieses Glücksmoment. Was jedoch bei allen, die solche Erfahrungen gemacht haben, außen vor bleibt, ist, was Millionen von Arbeiter:innen erlebt haben. Sie mussten die Produktion aufrechterhalten und unterlagen deshalb einem arbeitsplatzbezogenen Bleibezwang. Und wenn man zum Arbeitsplatz kommen muss, dann ist es auch ein Mobilitätswang. Bezeichnend ist, dass darüber kaum berichtet und geforscht worden ist. Es gibt tonnenweise Studien zum Home-Office und so weiter; das, was diejenigen erlebt haben – und Sie kennen sie alle gut und sind selbst betroffen –, die systemrelevante Tätigkeiten verrichten mussten, und zwar am Arbeitsplatz, darüber

PRO-GE

gibt es keine wissenschaftlichen Untersuchungen, zumindest ist das in Deutschland der Fall.

Dieses Beispiel für das Verschwinden der Arbeiter:innen ist nicht das Einzige und es ließen sich viele weitere hinzufügen. Tatsächlich handelt es sich um ein internationales Phänomen. Die Arbeiterklasse werde politisch marginalisiert, schreiben die Kollegen Geoffrey Evans und James Tilley in ihrer einflussreichen Studie zu einer neuen Klassenpolitik in Großbritannien. Und wie heißt es dort: Das Klassenbewusstsein sei einer „class cluelessness“, einer Klassenahnungslosigkeit, gewichen. Die Eliten fühlten sich nicht mehr mit einer Arbeiterschaft verbunden, welche die eigentliche soziale Mitte der Gesellschaft aus-

machte, diagnostiziert die Publizistin Joan Williams für die USA.

Solche Befunde führen zu meiner zweiten These: Die Arbeiter:innen sind nicht verschwunden, sie werden „vergessen“, ökonomisch, politisch, kulturell und medial zum Verschwinden gebracht. Wenn man sich anschaut, was sich heute hinter dem Arbeiterbegriff in einem weiteren Sinne verbirgt, dann gehört dazu auch der Lagerist in der Logistik, dazu gehört der Picker bei Amazon, dazu gehört aber auch die Kassiererin im Supermarkt und die Reinigungskraft im Krankenhaus und so weiter. Im Grunde genommen sind das alles Berufe, die trotz Digitalisierung mit physisch und zunehmend auch psychisch stark routinisierten, standardisierten Tätigkeiten konfrontiert sind. Wenn man dieses Kriterium nimmt, dann sind Menschen der Arbeiterklasse noch immer die relative Mehrheit der Gesellschaft.

Ich habe hier eine Abbildung, die zeigt die Verteilung in soziale Klassen, bezogen auf die deutsche Bevölkerung zwischen 18 und 65 Jahren. Und was man da sieht, sind eigentlich zwei Dinge, die ich hervorheben möchte, die für Österreich aber auch relevant

sein dürften. Das, was wir – nicht in einem abwertenden Sinne – als konventionelle Arbeiter:innenklasse bezeichnen, macht noch immer 34 Prozent der Gesellschaft aus. Wenn man alle Arbeiter:innen und Unterklassen zusammennimmt, sind es mehr als die Hälfte! Die Mittelklassen kommen nach unserem Modell nicht einmal auf 28 Prozent. Das heißt: Wer die Arbeiter:innen zum Verschwinden bringt, bringt im Grunde gesellschaftliche Mehrheiten zum Verschwinden.

Das ist aber noch nicht alles. Wenn Sie auf das Modell schauen, sehen Sie, dass wir unterschieden haben zwischen der Klasse, die die Standards setzt, und den Exklusionsbereichen, den prekären Bereichen, die zur gleichen Klasse gehören. Gemessen an atypischer Beschäftigung (Teilzeit, Leiharbeit, Befristung) und einem prekären Lohn (weniger als 75 Prozent des durchschnittlichen Bruttolohns) ist der Anteil derjenigen Arbeiter:innen, die in unsicheren Verhältnissen arbeiten, in Deutschland fast genauso groß wie jener Teil, der die Standards setzt. Das ist bemerkenswert, weil es zeigt, wie nah viele, die im erweiterten Sinne im produzierenden Gewerbe tätig sind und dem Arbeiterstatus zugerechnet werden können, in großer sozialer Nähe zu





den prekär Beschäftigten leben. Die Übergänge zur Unteren Klasse sind dementsprechend fließend. Das dürfte ähnlich auch für Österreich gelten. Bemessen an der Sozialversicherungsgrundlage liegt der Arbeiter:innenanteil (ca. 70 % männliche Arbeiter zu 30 % weiblichen Arbeiterinnen) seit 2012 bei etwa 34 bis 36 Prozent. Also noch über dem deutschen Anteil. Aber besonders wichtig ist, dass der Anteil von unselbstständig Beschäftigten, die nicht wählen dürfen, kontinuierlich wächst. Er liegt etwa bei 20 Prozent. Das bedeutet, dass wir im Arbeiter:innenbereich, auch in Österreich, einen hohen Anteil an Menschen haben, die nicht die vollen staatsbürgerschaftlichen und partizipativen Rechte haben und besonders verwundbar sind.

Das ist ein ganz wichtiger Punkt, denn das bedeutet: Prekarität und soziale Unsicherheit sind zu einer „normalen Organisationsform“ gerade im Erfahrungsbereich des Arbeiter:innenlebens geworden.

Das führt mich zu meiner dritten These: Die Arbeiter:innen der reichen Staaten sind relative Verlierer der Globalisierung. Was Sie hier sehen, ist die berühmte Elefantenkurve des Ökonomen Branco Milanovic. Das zeigt die Einkommens-

verteilung über einen längeren Zeitraum und vor allem die Verteilung der Einkommenszuwächse.

Wenig überraschend: Der Anteil des obersten einem Prozent ist mit 27 Prozent an den Einkommenszuwächsen überdurchschnittlich groß. Der Anteil der sogenannten neuen Mittelklassen im globalen Süden, in den Ländern des globalen Südens, ist mit 12 Prozent relativ klein. Aber die relativen Hauptverlierer dieser Entwicklung, weil ihr Anteil an den Einkommenszuwächsen kontinuierlich sinkt, sind die Arbeiter:innen und Arbeiter der USA und Westeuropas. Das ist ein wichtiger Punkt.

Man kann das hier noch mal sehen: Bis 2013 ist der Anteil der Löhne am weltweit erwirtschafteten Bruttoinlandsprodukt, das ist die bereinigte Lohnquote hier, kontinuierlich gesunken. Seit 2013 geht es wieder aufwärts. Der Anteil der unteren Hälfte der Einkommensbezieher bleibt aber gemessen an den Zuwächsen des Bruttoinlandsprodukts tatsächlich klein und er sinkt in Ländern wie Deutschland auch nach 2013 kontinuierlich. Das ist besonders bemerkenswert mit Blick auf eine Abwertungserfahrung, die auf Arbeiterinnen und Arbeiter noch zukommen wird, beziehungsweise bereits in vollem

Gange ist. Diese Abwertungserfahrung hat etwas zu tun mit einer gesellschaftlichen Konstellation, die ich als ökonomisch-ökologische Zangenkrise bezeichne. Was ist damit gemeint? Unter Statusquo-Bedingungen, will sagen bei hohem Emissionsausstoß, hohem Ressourcenverbrauch und hohem Energieverbrauch, führt Wirtschaftswachstum in der Gegenwart notwendig zur Aufschaukelung ökologischer Großgefahren, allen voran des Klimawandels. Sie sehen hier die drei Barometer.

[Einblendung: These 4: Ökologische und soziale Nachhaltigkeit gehören zusammen. Ohne Kampf gegen Armut, Prekariat und soziale Ungleichheit ist der Klimawandel nicht zu stoppen.]

Selbst wenn alle Maßnahmen, die derzeit vereinbart sind, um den menschengemachten Klimawandel bei 1,5 Grad zu begrenzen, eingelöst würden, und davon sind wir gegenwärtig weit entfernt, würden wir bestenfalls bei einem Szenario von 2,4 Grad Erderhitzung rauskommen. Inzwischen gibt es den Synthesebericht des Weltklimarates, es werden bestenfalls 2,7 oder 2,8 Grad sein. Es können aber auch 3,5 oder sogar 4 Grad Erhitzung zum Jahrhundertende sein. Um

PRO-GE

noch mal quantitativ zu verdeutlichen, was das heißt weltweit: Jede 0,3 Prozent Erderhitzung bedeuten, dass etwa 300 Millionen Menschen aus den sogenannten Klima-Nischen herausfallen, in denen sich die Durchschnittstemperaturen zwischen 8 und 28 Grad bewegen, in denen das Leben also einigermaßen menschlich ist. Diese Konstellation ist bereits jetzt im Gange und das Zeitbudget schwindet.

Wenn die Entwicklung so weitergeht wie in der Gegenwart, werden die CO₂-Budgets, die Kohlenstoff-Budgets, die zur Verfügung stehen, um das 1,5 Grad Erderhitzungsziel zu erreichen, 2026 aufgebraucht sein. Das heißt in der Konsequenz, und das meint der Begriff der Zangenkrise: Bleibt es bei Wirtschaftswachstum und den Status-quo-Bedingungen, werden die Gefahren des Klimawandels, aber auch anderer ökologischer Gefahren größer. Bleibt das Wirtschaftswachstum aus wie in der Pandemie-Rezession, steigt die soziale Not und 70 Millionen Menschen zusätzlich befinden sich weltweit in extremen Formen von Armut.

Was hat das jetzt mit Arbeiterinnen und Arbeitern zu tun? Es hat insofern mit uns und euch allen zu tun, weil es bedeutet, dass gerade die

Industriebereiche, die Produktionsbereiche in Westeuropa in den reichen Ländern im globalen Norden unter dramatischen Veränderungsdruck geraten, in Deutschland netto Dekarbonisierung auf 0 bis 2045. Ich glaube, in Österreich sind die Daten noch auf 2050 terminiert. Ich vermute, dass die Kollegen von voestalpine und viele andere hier wissen, was auf sie zukommt. Und jetzt muss man sagen: Im Grunde ist das ja alles seit langem bekannt mit dem Klimawandel, eigentlich seit der ersten Studie des „Club of Rome“. Warum passiert so wenig? Aus meiner Sicht passiert deshalb zu wenig, weil die ökologische Aufklärung verkennt, dass ökologische Nachhaltigkeit ohne soziale Gerechtigkeit nicht zu haben ist.

Der Beifall kam etwas zu früh, ich muss ja noch begründen. Sie sehen die Gründe auf diesem Schaubild, die einer bahnbrechenden Studie des Ökonomen Lucas Chancel entstammen. Er untersucht das Verhältnis von sozialer Ungleichheit und klimaschädlichen Emissionen in CO₂-Äquivalenten zwischen 1990 und 2019. 1990 gingen zwei Drittel der klimaschädlichen Emissionen auf Ungleichheiten zwischen Staaten zurück. Nur ein Drittel auf Ungleichheiten innerhalb nationaler Gesellschaften. 2019 hat sich

das Verhältnis genau umgekehrt. Zweitens macht er unmissverständlich deutlich: je größer Vermögen und Einkommen, desto größer der Klima-Fußabdruck. Das kann man auch in Zahlen festmachen. Während in den reichen Staaten die Emissionen in dem Zeitraum etwa um 24 oder 25 Prozent reduziert werden konnten, emittierten die wohlhabendsten ein Prozent 2019 hingegen 26 Prozent mehr als vor 30 Jahren, die reichsten 0,01 Prozent legten gar um 80 Prozent zu.

Das heißt, die Emissionsreduktionen sind allein den kleinen und zum Teil den mittleren Portemonnaies zu verdanken, und das häufig aufgrund von erzwungenem Konsumverzicht. Und es kommt noch etwas Drittes dazu: Hauptursache für die klimaschädlichen Emissionen sind die Investitionen und nicht der individuelle Konsum. Wir können alle Veganer und Vegetarier werden, das ist vielleicht auch gar nicht falsch. Es wird aber nicht ausreichen. Weil entscheidend ist, was, wie und wozu produziert wird. Und diese Entscheidung treffen in Österreich wie in Deutschland Angehörige derjenigen Klasse, welche die Produktionsmittel besitzt und die nach unserer Heuristik maximal 1,2 Prozent der Bevölkerung ausmacht. Um es an einem



Beispiel konkret zu machen: Über das Geschäftsmodell der Automobilindustrie entscheidet eine kleine Manager-Kaste. Wie sieht dieses Geschäftsmodell aus? Die deutschen Endhersteller haben im letzten Jahr ein Traumjahr gehabt, was die Gewinne angeht, und das trotz gestörter Zulieferketten. Aber mit welchen Segmenten haben sie ihre Gewinne gemacht? Nur mit Financial Services und im Luxussegment, der energieintensiven und spritfressenden SUVs und Luxuskarossen. Daran soll sich mit der Umstellung auf E-Mobilität überhaupt nichts ändern. Warum? Weil diejenigen, die die großen Geldbörsen haben, die Autos kaufen. Egal zu welchen Preisen. Die Preissteigerungen können an sie weitergegeben werden. Dieses Geschäftsmodell ist strukturell nicht nachhaltig. Der Betriebsratsvorsitzende des Kasseler Komponenten-Werks VW, Karsten Berthold, sagte das so: Bevor ein E-Auto auf der Straße steht, emittiert es 20 Tonnen CO₂. Das muss ziemlich lange fahren, um einen ökologischen, nachhaltigen Effekt zu haben. Einen Golf-Äquivalent etwa 45.000 Kilometer. Wenn man jedes Jahr 70 Millionen neue PKW in den Weltmarkt schiebt, dann kann ein solches Geschäftsmodell nicht nachhaltig sein. Weder sozial noch ökologisch. Das heißt in der

Konsequenz, und ich hoffe, ich trete niemandem zu nahe: Besser, als einen auch elektrobatteriebetriebenen SUV, der über 50.000 Euro kostet und für die kleinen Portemonnaies sowieso unerschwinglich ist, nicht zu kaufen und nicht zu fahren, ist, ihn gar nicht erst zu bauen.

Aber diese Entscheidung treffen wie gesagt gesellschaftliche Minderheiten. Ich vermute, dass selbst im besten mitbestimmten Betrieb, etwa bei einem österreichischen Zulieferunternehmen, auf dieses Geschäftsmodell überhaupt nicht Einfluss genommen werden kann. Ganz im Gegenteil, hat man trotz funktionierender Sozialpartnerschaft die Folgen zu tragen. Ich habe das Stichwort MAN noch im Ohr, als ein Beispiel, wo solche Erfahrungen gemacht worden sind.

Deshalb lautet meine These 5: Arbeiter:innen haben Macht. Sie müssen aber lernen, ihre Machtressourcen für eine, wie es auch der Weltklimarat nennt, soziale und ökologische Nachhaltigkeitsrevolution einzusetzen.

Was ist damit gemeint? Was – glaube ich – viele erfahren, ist, dass die strukturelle Macht von Arbeiter:innen und Arbeitern wieder wächst. Ich habe mir sagen lassen,

die Arbeitgeberverbände in Österreich leugnen das, aber in Deutschland ist das überhaupt nicht mehr wegzuwischen. Ganz einfach, weil es in vielen Branchen so etwas gibt wie Fach- und selbst Arbeitskräftemangel. Das heißt, Arbeiter:innen und Arbeiter können zunehmend auch mit den Füßen abstimmen und können sich die Arbeitgeber:innen wählen, die die besseren Löhne und die besseren Standards haben. Das mag in Österreich nicht ganz so ausgeprägt sein wie in Deutschland, aber es ist der Fall. Was sich aber auch zeigt, ist, dass dieser Zuwachs an Primärmacht von Arbeitenden gesellschaftlich nicht wirksam wird, wenn er nicht mit zunehmender Organisationsmacht einhergeht. Organisationsmacht bedeutet das Organisieren in Gewerkschaften, vor allen Dingen aber auch mit Gewerkschaftsmitgliedern und Menschen, die bereit sind, aktiv für gewerkschaftliche Ziele einzutreten, dafür zu kämpfen und sie in den Betrieben zu begründen und durchzusetzen. Diese Primärmacht wird ohne zunehmende Organisationsmacht also nicht ausreichend wirksam, zumindest nicht bei Löhnen, Arbeitsstandards und Arbeitszeiten. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, weil wir gegenwärtig erleben, dass es so etwas gibt wie eine Wiederkehr

PRO-GE

von Arbeiter:innenmacht überall in Europa. Schauen wir uns nur die Streiks und Arbeitskämpfe an, die Europa erschüttern, von Großbritannien über Frankreich bis Portugal und selbst in Deutschland, wo wir diese Tendenz feststellen. Ich erinnere nur: In Deutschland hat es einen 24-Stunden-Verkehrsstreik gegeben. Die beteiligten Gewerkschaften, darunter die Eisenbahnergewerkschaft, haben gemerkt, welche Macht sie haben. Sie waren in der Lage, die ganze Republik lahmzulegen, und ich kann Ihnen versichern, die haben das teilweise mit stolzgeschwellter Brust getan. Aber was war das Neue an diesen Arbeitskämpfen? Sie wurden getragen von den kleinen Portemonnaies bei den Eisenbahnern, von Gewerkschaftsmitgliedern bis hin zu den Fahrdienstleitern, die zum Teil im prekären Sektor arbeiten und entlohnt werden. Und gerade die haben darauf gepocht, dass angesichts von Inflation und Teuerung zumindest ein Inflationsausgleich ins Portemonnaie kommt. Deshalb haben sie beispielsweise bei der Deutschen Post, die inzwischen ein privatisiertes Unternehmen ist, das nach US-amerikanischen Management-Methoden geführt wird, 15 Prozent mehr Lohn gefordert. Es gibt nicht das eine Thema dieser Proteste, man sieht

aber, dass es Arbeitskämpfe von langer Dauer sind. Bei der Bahn ist er ja immer noch nicht beigelegt in Deutschland, und ich denke, dass es eine Reaktion auf die Welle an Privatisierung, Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen ist, wo jetzt immer mehr Beschäftigte entdecken, dass sie nur gemeinsam ihre Interessen durchsetzen können. Ich will in diesem Zusammenhang eine Bemerkung machen. Zu den österreichischen organisierten Arbeitsbeziehungen, ich weiß, dass in Österreich die Verhältnisse ein bisschen anders sind. Streiks, Arbeitskämpfe sind sehr selten. Trotzdem ist es ja ihnen, den österreichischen Gewerkschaften, anders als den deutschen Gewerkschaften gelungen, tatsächlich Abschlüsse oberhalb der Teuerung zu erreichen. Tarifabschlüsse oberhalb der Teuerung sind in Deutschland nicht der Fall. Wir haben zum zweiten Mal in Folge im letzten Jahr massive Reallohnverluste von mehr als zwei Prozent! Das verweist darauf, dass institutionelle Macht von Lohnabhängigen etwas wert ist. Diese institutionelle Macht drückt sich aus in intakten Kollektivverträgen, bestehender Mitbestimmung und institutionalisierter Sozialpartnerschaft, ich nenne es lieber Konflikt-Partnerschaft. Das stellt einen enormen Schutz dar.

Ich will aber auch hinzufügen: Ohne das Schwert an der Wand, ohne große Organisationsmacht, ohne Konflikt und letztlich auch Streikbereitschaft, wird auch das österreichische Modell zunehmend unter Druck geraten. Ich habe es in Deutschland auch schon mehrfach gesagt, wenn die deutschen Gewerkschaften nicht nachziehen und ebenfalls Tarifabschlüsse oberhalb der Inflation anstreben und auch durchsetzen, dann wird das – und hat schon jetzt – negative Folgen für die Aushandlungsprozesse auch in Österreich haben. Wie lässt sich dem entgegenwirken?

Das bringt mich zu meiner abschließenden These 6: Produktionsentscheidungen müssen sich künftig an folgendem Leitmotiv orientieren: Lieber besser statt mehr, für alle, nicht für wenige. Es gilt, mehr Wirtschaftsdemokratie zu wagen.

Was ist damit gemeint? Sie können alle auf dem Wochenmarkt sehen: Wenn Sie Erzeugnisse aus biologischem Landbau kaufen, sind die deutlich teurer als das, was sie beim Discounter einkaufen können. In der Regel jedenfalls. Wenn Sie die Klassenspaltung nicht schon in den Supermärkten haben wollen, dann müssen Sie dafür sorgen, dass das Produktionsmo-



dell umgestellt wird auf die Produktion von hoher Qualität. Vielleicht zu etwas höheren Preisen für Güter, die nachhaltig produziert werden, und für Dienstleistungen, die nachhaltig bereitgestellt werden, aber die dann auch von allen gekauft werden können. Das bedeutet zweierlei: Erstens Umverteilung von oben nach unten und zweitens Einfluss derjenigen, die produzieren, auf die Produktionsentscheidungen selbst. Das halte ich für den entscheidenden Punkt.

An anderer Stelle sage ich immer gerne: Die Gesellschaft, die das realisiert, kann keine marktwirtschaftlich-kapitalistische mehr sein. Das polarisiert in der Regel die Säle. Ich habe ja auch ein Buch zur Utopie des Sozialismus geschrieben, eines nachhaltigen Sozialismus. Aber ich mache ein Friedensangebot, das habe ich auch schon bei anderen Gewerkschaften gemacht. In der österreichischen Tradition würde ich sagen: Als ein wichtiges Übergangsjahr geht es eigentlich um einen ökologischen Sozialstaat. Und dieser ökologische Sozialstaat muss, wenn man die Politik entsprechend ausrichtet, eigentlich folgendes Grundprinzip berücksichtigen: Je höher der ökologische und Klima-Fußabdruck ist, desto größer muss auch die Beteiligung an den Kosten der sozial-ökologischen

Transformation sein. Das ist ein entscheidender Punkt. Wer Milliardär ist und so viel emittiert wie 300 Millionen ärmere Menschen, der muss entsprechend zur Kasse gebeten werden. Weil man denen unten nicht mehr zumuten darf als denen oben. Ich habe so einen Kollegen beim Deutschen BUND, der sagt immer: „*Wir haben keine Zeit mehr, wir müssen jetzt erstmal die ökologische Frage lösen, die soziale Frage lösen wir später.*“ Wenn man so argumentiert, treibt man die Arbeitenden in die Arme der ausgebreiteten ökologischen Gegenrevolution. Das muss man verhindern, beispielsweise durch solche Ansätze wie eine Milliardärssteuer, eine Transformationsteuer oder entsprechende Abgaben, die die oben angemessen belasten, um die unten zu entlasten.

Ich habe meine Zeit schon überzogen, deshalb nur noch zwei Punkte. Punkt eins lautet: Um eine solche Politik durchzusetzen, benötigen die Gewerkschaften neue Bündnisse und Allianzen. In Deutschland gibt es beispielsweise im Öffentlichen Personennahverkehr ein strategisches Bündnis der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi mit der Klima-Bewegung. Das hat einen langen organisatorischen Vorlauf, aber es war für den deutschen Journalismus eine Sensation, dass beim 24-Stunden-

Verkehrsstreik Klimabewegung und Gewerkschaften Hand in Hand gearbeitet haben. Um solche Bündnisse zu erreichen, muss man das Gemeinsame in den Vordergrund stellen und das Trennende nach hinten, ohne es zu verschweigen. Das heißt, soziale Sicherheit und Gerechtigkeit auf der einen Seite und ökologische Nachhaltigkeit dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, und das müssen sowohl die Klimabewegung als auch die Gewerkschaften lernen und vor allen Dingen praktizieren.

Das führt mich zu meinem letzten Punkt. Über die Proteste habe ich ja schon gesprochen, eigentlich sollte jetzt an dieser Stelle etwas eingeblendet sein, was ich auch mit Freude zur Kenntnis genommen habe. Nämlich was auf der Jute-Tasche der PRO-GE steht: „Stolz, Arbeiter:in zu sein“. Denn genau um diesen Punkt geht es. Zuerst kommt es in der gegenwärtigen Situation darauf an, dass Arbeiterinnen und Arbeiter die Köpfe hochnehmen. Stolz, Arbeiter:in zu sein. Das ist ein Satz, mit dem alle progressive Veränderung beginnt. Und wo wäre ein besserer Ort, das zu erproben, als in Wien? Ich habe bei der S-Bahn gesehen, es gibt ja sogar noch einen Arbeiter-Strand! Das ist was

PRO-GE

Tolles! Und deshalb glaube ich:
Kopf hochnehmen und für eine
bessere Gesellschaft streiten. Das
geht nicht ohne Gewerkschaften.

Aus diesem Grund wünsche ich
 euch und eurem Kongress und vor
 allem eurer Arbeit großen Erfolg!





REINHOLD BINDER

PRO-GE BUNDESVORSITZENDER

6,5 Millionen Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer, Pensionistinnen und Pensionisten in Österreich leiden seit einem Jahr unter den massiven Preissteigerungen. Darum muss Schluss sein mit dem Raubrittertum der Energiekonzerne und Strom-Spekulanten. Wir brauchen ein Exportverbot für die heimische Wasserkraft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir vertreten 500.000 Menschen. Jede einzelne und jeder einzelne von euch tut das mit großem Einsatz. Gemeinsam ist es unser Auftrag, für ein lebenswertes und leistbares Leben zu kämpfen!

Wir bezahlen mit unserem Steuergeld die Forschungsförderungen, von denen in erster Linie nur die Reichen, Millionäre und die Unternehmen profitieren. Daher muss unsere klare Ansage sein: Mit jeder einzelnen Fördermillion müssen auch neue Arbeitsplätze in Österreich geschaffen werden!

Wir alle finanzieren gemeinsam ein öffentliches Gesundheitssystem. Jede Österreicherin und jeder Österreicher hat das Recht auf die

beste medizinische Versorgung. Darum sage ich euch, weg mit der Geldbörslermedizin. Das Wahlarztssystem gehört abgeschafft!

Es sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die in unserem Österreich den Wohlstand schaffen. Wir erwirtschaften die Gewinne der Unternehmen. Wir sind keine Bittsteller. Lasst uns gemeinsam dafür kämpfen, dass die Arbeiterinnen und Arbeiter in diesem Land auch zukünftig einen gerechteren Lohn erhalten, mit dem sie sich etwas leisten können!

Wir kommen aus einer historisch starken Organisation und werden aus unserer Gewerkschaft eine Lebenspartnerin formen, von der Jugend – also unseren Lehrlingen – bis hin zu unseren Pensionistinnen und Pensionisten. Die Produktionsgewerkschaft wird immer an eurer Seite stehen. Jede und jeder von uns muss wissen, auf die Produktionsgewerkschaft, auf die PRO-GE ist Verlass. Ich grüße unsere Jugend, stellvertretend Benjamin Liedlbauer, der gerade hinter mir sitzt. Super, dass du da bist, nicht nur heute, sondern immer, wenn wir die starke Jugend-

organisation brauchen. Und Gerald Einfalt, hier vorne in der Mitte des Saales, aus Niederösterreich. Wir haben gemeinsam die gewerkschaftliche Schulbank gedrückt und ich weiß, wie engagiert du im Betrieb für deine Kolleginnen und Kollegen kämpfst. Ich begrüße dich herzlich zum zweiten Tag unseres Kongresses. Auch dich, Manuel Schmitzberger aus Oberösterreich, du bist mit mehr als 440 neuen Gewerkschaftsmitgliedsanmeldungen seit dem letzten Jahr nach Wien gereist. Ich danke dir und deinem Team dafür! Michaela Pregatter, Wollsdorf-Leder aus der Steiermark. Es war ein harter Kampf um die 1.500 Euro Mindestlohn, aber gemeinsam haben wir es geschafft! Liebe Kolleginnen und Kollegen, keine Sorge, so schwer es mir auch fällt, die Zeit reicht nicht, um euch alle persönlich zu begrüßen. Darum jetzt an euch alle hier im Austria Center: Ich begrüße euch herzlich! Danke, dass ihr heute mit Feuer und Herz bei unserem vierten Gewerkschaftstag dabei seid. Es ist für mich eine große Ehre! Wir sind heute hier rund 1.000 Menschen im Saal. Junge, Altgediente, Männer und Frauen in den unterschied-

PRO-GE

lichsten Funktionen, aus allen Regionen, aus allen Branchen und auch aus anderen Ländern. Was uns alle vereint: Wir sind stolze Arbeiterinnen und Arbeiter, wir sind Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter. Daher wissen wir, dass sich das Zusammenhalten immer auszahlt, dass man gemeinsam immer mehr erreicht als allein. Und das spürt man bei solchen Zusammenkünften, Gewerkschaft ist live und nicht virtuell. Liebe Kolleginnen und Kollegen, niemand von uns kennt alle in diesem Saal. Aber ungeachtet dessen, schaut euch um. Jede und jeder von uns würde für jede andere und jeden anderen eintreten. Das ist der Zauber der Solidarität. Man bemerkt plötzlich, Freunde zu haben, die man eigentlich noch gar nicht gut kennt.

Liebe Freunde, was macht uns in den letzten Monaten die größten Sorgen? Es ist die Teuerung. Die Preise steigen und steigen, viele Unternehmen erhöhen die Preise schneller, als sich die Kosten tatsächlich entwickeln. Vor allem die Energiewirtschaft ist hier ein negatives Beispiel für eine skandalöse Abzocke der Menschen in diesem Land. Aus unserer Pensionistinnen- und Pensionistenorganisation, angeführt von Monika Kem-

perle, erhalte ich immer wieder die Gegenüberstellung von Pensionsbescheiden und Stromrechnungen. Das geht sich einfach hinten und vorne nicht mehr aus. Das ist natürlich nicht nur ein Problem der Pensionistinnen und Pensionisten, sondern von allen arbeitenden Menschen in unserem Land. Das Wasser für die Turbinen der Kraftwerke ist aber günstig wie eh und je. Dennoch haben sich die Strompreise vervielfacht. Warum ist das aber so? Weil sich die Strombarone und die Energiehaie ein eigenes Wirtschaftssystem entwickelt haben. Sie nennen es Merit-Order. Egal, wo der Strom herkommt, den teuersten Preis müssen wir alle bezahlen, und das Monat für Monat. Diese Kraftwerke haben unsere Großeltern und Eltern und ihr, geschätzte Kolleginnen und Kollegen

aus den Energieversorgungsunternehmen, errichtet. Ihr steht 365 Tage rund um die Uhr im Einsatz, dass unsere Kraftwer-

ke funktionieren. Heute wollen damit internationale Finanzhaie ihre Profitgier befriedigen. Drauf sage ich euch, Haie haben in Österreichs Flüssen überhaupt nichts verloren. Die heimische Wasserkraft ist die günstigste Energie, und jede einzelne Kilowattstunde Strom daraus muss unseren Haushalten und Betrieben zur Verfügung stehen.

Ein altes Sprichwort besagt, mit der Arbeit würde man nicht reich, nur mit dem Handel sei man auf dem Weg zum Millionär. Diese Weisheit bewahrheitet sich in den letzten Jahren immer mehr, vor allem, wenn man den Handel an der Börse mit einbezieht. Liebe Freunde, es wird nicht mehr reichen, dass wir zweistellige Lohnerhöhungen erkämpfen. Wir müssen als Gewerkschaft auch





dieser maßlosen Profitgier in der Wirtschaft den Kampf ansagen und einen Riegel vorschieben. Und ich sage euch an dieser Stelle: Fürchtet euch nicht, denn wenn unser starker Arm es will, stehen nicht nur die sprichwörtlichen Räder still. Wir, die Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, werden diesen widerlichen Raubzug durch die Geldtaschen der Österreicherinnen und Österreicher stoppen. Wir haben die Mittel dazu und eines ist gewiss, wir werden künftig unseren Kampf auf zwei Seiten führen müssen. Das heißt, es wird nicht mehr reichen, nur die Löhne zu erhöhen, sondern wir müssen auch die Preisspirale stoppen. Liebe Freunde, ich kann es nicht mehr hören, wenn man uns seit Jahrzehnten einredet, wir brauchen leistbares Wohnen. Nein, wir brauchen Löhne und Gehälter, mit denen wir uns ein würdiges Wohnen leisten können. Denn leistbares Wohnen darf nicht bedeuten, dass die Qualität der Wohnungen nach unten geschraubt wird und die Topqualität nur noch den Millionären und Reichen vorbehalten ist. Spekulation und Profitmaximierung mit Wohnraum und Grundstücken müssen wir einen Riegel vorschieben. Unser oberstes Gebot ist, dass wir in den nächsten Jahren dafür sorgen, dass die Menschen auch

so viel verdienen, dass sie sich ein würdiges Leben leisten können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Herzstück unserer Bewegung sind die Kollektivverträge. Wir sind auch eine Gewerkschaft, bei der der Vorsitzende selbst Kollektivverträge verhandelt. Und das wird auch so bleiben, weil es wichtig und richtig ist! Wir verhandeln und erkämpfen jedes Jahr bei mehr als 100 Abschlüssen Lohnerhöhungen, höhere Schichtzulagen, bessere Überstundenzuschläge und mehr Geld für die Lehrlinge. Das alles wisst ihr. Viele von euch sind aktiv bei den Verhandlungen dabei oder geben durch Betriebsversammlungen und Kampfmaßnahmen im Betrieb den Verhandlerinnen und Verhandlern den nötigen Schub. Ihr seid die wichtigsten Akteurinnen und Akteure. Ohne euch geht nichts. Ich danke für euer Engagement und euren großartigen Einsatz! Aber lasst mich einige Punkte herausgreifen, die für uns Leitplanken für die nächsten Jahre sind: Angesichts der rasanten Teuerungen gibt es für uns ein wichtiges Ziel, dass wir mit ganzer Kraft verfolgen werden. Die kollektivvertraglichen Mindestlöhne müssen rauf. Es muss in allen Kollektivverträgen der unterste Einstiegslohn auf mindestens 2.000 Euro angeho-

ben werden. Wir werden auch nicht nachgeben, wenn es darum geht, die Lohnstufungen neu zu definieren. Es kann und darf nicht sein, dass das Einkommen von Arbeiterinnen und Arbeitern nicht mit ihrem Know-how und den ständig steigenden Anforderungen einhergeht. Das gehört korrigiert, da werden wir in den nächsten Jahren viel Wissen und Erfahrung von euch einsetzen, um bei den kollektivvertraglichen Einstufungen weiterzukommen.

Wir sind stolz auf unsere Branchenkollektivverträge. Aber es gibt viele, denen das ein Dorn im Auge ist. Wir alle kennen diese Unternehmer und Politiker, die entweder alles im eigenen Betrieb zu ihren Gunsten regeln wollen oder per Gesetz Mindestlöhne bestimmen wollen. Man kann das mit einer Feudalherren-Mentalität, die bereits unsere Großeltern und Eltern aufgeregt hat, vergleichen: Den Adligen war es immer am liebsten, wenn das arbeitende Volk mit blutigen Knien dahengerutscht kommt. Damit dieses schreckliche Bild aus der Vergangenheit nie wieder Wirklichkeit wird, braucht es uns, die starken Gewerkschaften in unserem Land. Darum gibt es eine Forderung an alle Einmischer und Zurufer: Hände weg von der Autonomie der Sozialpartner, Hände

PRO-GE

weg von den Kollektivverträgen!

Ich habe in den letzten Jahren drei Betriebe auf ihrem Weg vom Metallgewerbe in die Elektroindustrie intensiv begleitet. Es geht hier um über 10.000 Beschäftigte bei den Firmen Fronius, KEBA und Bernecker & Rainer. Durch jahrelange engagierte Gewerkschaftsarbeit wurde ein Kollektivvertragswechsel möglich, der den Menschen deutlich mehr Geld gebracht hat. Warum erzähle ich das? Die Flucht aus Kollektivverträgen mit einem besseren Lohnniveau ist nämlich die Regel. Damit muss Schluss sein! Wenn wir von Kollektivverträgen reden, reden wir vom Geld, aber wir reden auch über die Arbeitszeit. Wenn die Arbeitgeber das Wort Arbeitszeitverkürzung hören, dann schlagen sie die Hände über dem Kopf zusammen und schütteln so heftig mit den Köpfen, dass einem vom Zuschauen schon schwindlig wird. Aber warum dieses eigenartige Verhalten? Ich sage es euch. Arbeitszeitverkürzung ist genauso wie Lohn erhöhungen ein knallharter Verteilungskampf. Die Arbeitgeber müssten von ihrem übergroßen Stück etwas hergeben und dagegen wehren sie sich mit Händen und Füßen. Ihr Widerstand ist enorm, dennoch bin ich fest davon überzeugt, dass

sich der Wind dreht und die Chancen für eine Arbeitszeitverkürzung auch auf KV-Ebene von Tag zu Tag besser werden. Wir haben einen enormen Fachkräftebedarf, in manchen Regionen oder Branchen fehlen zehntausende Arbeitskräfte. Jahrzehnte haben sie uns, weil wir einen Beruf gelernt haben, für blöd hingestellt. Sie haben uns herabgewürdigt und jetzt winseln sie um jeden Arbeiter und jede Arbeiterin in diesem Land und tun so, als ob diese Misere von Gott gewollt ist. Nein, das haben sie sich selbst eingebrockt. Die Unternehmen müssen wieder mehr Anreize oder, wie man heute sagt, Goodies anbieten, um Arbeitskräfte zu bekommen. Aber wir wollen keine Goodies, wir sind keine Bittsteller, wie ich anfangs gesagt habe. Uns geht es um eine kürzere Vollzeit, um eine bessere Erreichbarkeit der sechsten Urlaubswoche, um eine Arbeitszeit-Reduktion bei belastender Arbeit und um längere Freizeitphasen. Und wenn es um eine in den Medien oft besprochene Viertageswoche geht: Ja, nehmen wir, aber nur bei gleichzeitiger Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich. Und weil wir schon dabei sind: Nach 45 Jahren harter und schwerer Arbeit muss Schluss sein mit Arbeiten, und zwar abschlagsfrei! Und wer schwer ge-

arbeitet hat, muss in Schwerarbeitspension gehen können, ohne ein riesiges Formular ausfüllen zu müssen, was man vor 17 Jahren in der Mittagspause gegessen hat. Liebe Kolleginnen und Kollegen, lasst uns gemeinsam kämpfen, damit die Arbeiterinnen und Arbeiter wieder einen größeren Anteil am Wohlstand erhalten. Damit sich Produktivitätssteigerungen nicht nur bei den Unternehmensgewinnen widerspiegeln, sondern damit das Leben der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verbessert wird. Arbeiterinnen und Arbeiter sollen nicht nur überleben können, sondern sich ein Leben leisten können. Darum sind wir hier, das ist eines der größten Ziele und Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung.

Liebe Freunde, während die Arbeitgeber und die Regierung von Wirtschafts- und Industriepolitik sprechen, reden wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter von einer Produktionspolitik. Schon daran sieht man, wer auf welcher Seite steht. Die einen stehen auf der Seite des Kapitals und der Gewinne und wir stehen auf der Seite jener, die mit ihrem Einkommen ein Auskommen finden müssen. Während die eine Seite versucht, Lohnempfänger zu Bittstellern und Lohnsklaven zu degradieren, ist es



für uns völlig klar, dass wir dafür sorgen müssen, dass die arbeitenden Menschen in den österreichischen Produktionsbetrieben ihren gerechten Anteil am Erfolg erhalten und unsere guten Arbeitsplätze im Land bleiben. Aus dieser Perspektive betrachten wir auch die große Frage unserer Zeit, die Bekämpfung des Klimawandels. Wir haben uns bei dieser Frage lange Zeit geduckt, das muss man zugeben, aus Sorge vor dem Widerspruch zwischen Klimarettung und Erhalt unserer Arbeitsplätze. Unsere Erkenntnis daraus ist: Es

ist viel zu wenig, nur unser Klima zu schützen. Wir müssen gemeinsam unseren Lebensraum erhalten. Erlaubt mir dazu eine persönliche Anmerkung: Ich habe das Glück gehabt, in einer der schönsten Regionen in unserem Land aufwachsen zu können, Berge, Wasser und Wälder, soweit das Auge reicht. Glaubt mir, auch heute noch liegt mir meine Heimat am Herzen. Aber ich kann nichts mit dieser Angstpolitik und Weltuntergangstheorien anfangen, denn sie machen blind für Lösungen. Ich bin aber einer, der nach Lösungen sucht. Ich weiß nicht, wer sich von euch noch erinnert. In unserer Jugend hat es das Waldsterben durch den sauren Regen gegeben. Aber zum Glück gibt es unseren wertvollen Wald noch immer. Das ist nicht nur gut für unser Klima, sondern auch für die wertvollen Arbeitsplätze in der Forstwirtschaft. Unsere Kolleginnen und Kollegen sorgen für diesen wichtigen Lebensraum. Zehn Jahre später haben wir dann ein Loch über Australien gehabt und befürchtet, die Menschheit wird verbrennen. Von diesem Ozonloch spricht heute zum Glück niemand mehr. Und heute haben wir

den Klimawandel. Damit wir uns klar verstehen, es gibt nichts zu beschönigen. Der Klimawandel gehört zu den zentralen Problemen, die unsere Generation lösen muss und wird. Die nachfolgenden Generationen werden uns daran messen. Die beiden Beispiele aus der Vergangenheit, Waldsterben und Ozonloch, zeigen aber, dass es möglich ist, Probleme zu lösen. Was hat es aber damals gebraucht? Problembewusstsein. Das haben wir. Technische Innovation. Das haben wir auch. Und die Bereitschaft, Strukturen und Routinen zu ändern. Das müssen wir erst schaffen. Schauen wir hin, von großen Schritten Richtung Elektrostahl bis hin zur klimaneutralen Brauerei sind wir bereits auf einem sehr guten Weg. Dazu ein klares Wort: Es kann nicht sein, dass immer nur über das Schnitzmesser oder den Kombi des Arbeiters diskutiert wird, aber nicht über Privatjets, nicht über klimatisierte Fußballturniere mitten in der Wüste oder was es da sonst noch alles an Perversitäten auf der Welt gibt. Ich bin persönlich der festen Überzeugung, wir müssen gemeinsam unseren Lebensraum erhalten. Und zu unserem Lebensraum gehören auch die Arbeitsplätze, mit denen wir unser Geld verdienen. Wir haben daher in der PRO-GE, im ÖGB viele Fragen gestellt und viele Ant-



PRO-GE

worten erarbeitet. Viele von euch haben mitgearbeitet und mitdiskutiert und so haben wir ein Konzept für einen gerechten Klimawandel erstellt. Letztendlich ist Klimapolitik nichts anderes als Verteilungspolitik. Als Gewerkschaften liegt es in unserer DNA, die Lebensgrundlagen der arbeitenden Bevölkerung zu verbessern. Es gibt viele Beispiele, wo in der Vergangenheit ein Strukturwandel stattgefunden hat. Überall, wo Betroffene – und das sind in erster Linie die Beschäftigten – über ihre Betriebsräte und Gewerkschaften eingebunden waren und Einfluss nehmen konnten, ist es vielfach besser gelaufen. Man kennt auch das Gegenbeispiel: Die ehemals stolzen und reichen Industrie- und Bergbauregionen in Nordengland sind in den 1980ern brutal niedergefahren worden und heute noch wirtschaftliche Notstandsgebiete in Europa. Genau das wollen wir nicht! Deshalb wollen wir mitbestimmen und mit an Bord sein, wenn so grundlegende Entscheidungen über unseren Lebensraum getroffen werden. Ohne Einbindung der Betroffenen und ohne die Garantie, dass niemand zurückgelassen wird, kann es keine wirkungsvolle Klimapolitik geben. Dass genügend Geld dafür da ist, sehen wir an anderer Stelle. Denn wenn die einen als Wirtschaftspoli-

tik das Heil darin sehen, hunderte Millionen in Unternehmensförderungen zu investieren, um die Gewinne der Unternehmen zu maximieren oder gar um Betriebe mit allen Arbeitsplätzen ins Ausland zu transferieren, ist unsere Position als Gewerkschaft eine völlig andere. In Österreich werden pro Jahr 4,2 Milliarden Euro an Forschungsförderung aus dem Steuertopf bezahlt. Für mich ist klar: Jede einzelne Million an Unternehmensförderung aus dem Steuertopf muss am Ende der arbeitenden Bevölkerung in Österreich zugutekommen. Ein unumstößliches Ziel ist es, dass künftig für jede Million an Unternehmensförderung parallel mindestens drei dauerhafte Vollzeit-Arbeitsplätze in Österreich entstehen müssen. Das sind in fünf Jahren 50.000 Arbeitsplätze.

Liebe Freunde, wir leben in einem der angeblich reichsten Länder dieser Welt. Und dennoch haben so viele das Gefühl, dass es in Österreich kein anständiges, kein gerechtes und kein faires Gesundheitssystem gibt. Weil auch wir hier in Österreich nicht nur ein Zwei-, sondern sogar ein Drei-Klassen-Gesundheitssystem haben. Wir haben die Privatmedizin, die Medizin der öffentlich Bediensteten, und dann kommen wir, jene

in der ÖGK. Die Gesundheitskasse, die sie uns Arbeiterinnen und Arbeitern gestohlen haben. Man hat uns enteignet, aber ich sage euch, wir holen uns unsere selbstbestimmten Krankenkassen wieder zurück! Vor 130 Jahren waren es wir, die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, die in Österreich ein Gesundheitsmodell aufgebaut haben, das weltweit als Vorbild gegolten hat. In den letzten Jahren waren es konservative Regierungen, die dieses System zerschlagen haben, überall ihre Freunderl an die Schalthebel gesetzt haben. Hauptsache, sie haben die Macht und eine Riesen-Freude daran, die arbeitenden Menschen in diesem Land zu sekkieren. Und dieselben stellen sich heute hin und behaupten, dass unser Gesundheitssystem kollabiert und das alles nicht mehr leistbar ist. Das ist Zynismus. Die machen das nicht ohne Grund. Sie bereiten das Geschäft mit der Gesundheit jenen auf, die damit nur noch mehr Geld verdienen wollen. Eine jede und ein jeder von euch hier hat es selbst schon mal erlebt, wenn du einen Arzt brauchst und wenn du ihn schnell brauchst, dann musst du privat ins Tascherl greifen und zu einem sogenannten Wahlarzt gehen. Weil dir das System, das du mit deinen Steuern und Abgaben ohnehin



schon finanziert hast, nicht mehr oder nur eingeschränkt zur Verfügung steht. Wenn du einen Operationstermin brauchst, musst du ein Jahr oder länger warten. Wenn du einen Facharzttermin brauchst, musst du dich entscheiden, ob du Monate mit Schmerzen lebst oder ob du bei einem Wahlarzt ein paar Hunderter auf den Tisch legst. Wir alle wissen, wenn du deinen Operationstermin beschleunigen willst, musst du auch zuerst beim Wahlarzt bezahlen, damit der dann in seiner ersten Funktion als Spitalarzt darauf schaut, dass du in der Operationsliste vorgereiht wirst. Ich sage euch als Vorsitzender der Produktionsgewerkschaft, auch wir werden den Kampf für eine gerechte Gesundheitsversorgung führen müssen. Das heißt nichts anderes als dass die Entscheidungen in der Krankenversicherung wieder von uns getroffen werden müssen, von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, und nicht von einer Clique von Wirtschaftslobbyisten. Der Kampf um unsere Sozialversicherung ist der Kampf für unsere Gesundheit. Dafür müssen wir, wie so oft in der Geschichte, selbst sorgen. Das klare Ziel heißt: Eine Gesundheitsversorgung für alle auf höchstem Niveau. Das Wahlarztmodell gehört sofort abgeschafft. Alle Ärztinnen und Ärzte in Öster-

reich sollen ihren Dienst daran leisten, dass alle arbeitenden Menschen in Österreich optimal versorgt werden. Egal, wo ein Mensch lebt, egal, welches Einkommen er hat, ob jung oder alt, ob in Österreich geboren oder woanders auf der Welt, alle haben das Recht auf die beste medizinische Versorgung. Jetzt wohl zum wichtigsten Punkt, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wenn es um die Frage der Durchsetzung unserer Forderungen geht. Für alles, was wir heute und morgen festschreiben werden, alle Ideen, die wir entwickelt haben und die unsere zukünftige Gewerkschafts- und Betriebsratsarbeit begleiten werden. Wir brauchen dafür Selbstbewusstsein in den kommenden Auseinandersetzungen, aber auch Lernfähigkeit. Das Fundament dafür liegt in unserem neuen Arbeitsprogramm. Wir richten erstmals an uns selbst klare Ziele und Vorgaben. Wir schreiben gemeinsam fest, was wir als PRO-GE-Gewerkschafterinnen und -Gewerkschafter tun werden, um die Organisationskraft, um unser Rückgrat und den Mut unserer Bewegung zu stärken. Wir wollen wachsen! Wir wollen mehr Mitglieder gewinnen, mehr Betriebe organisieren, den gewerkschaftlichen Organisationsgrad in den Betrieben erhöhen und überall

dort, wo es möglich ist, einen Jugendvertrauensrat wählen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin Arbeiter und ich bin stolz darauf. Die Produktionsgewerkschaft soll die politische Heimat für die Arbeiterinnen und Arbeiter sein. Denn sie stehen im Mittelpunkt unseres Handelns. Darum werden wir die Möglichkeiten zur Beteiligung und zum Austausch erweitern – vom Betrieb bis hinauf zu unseren höchsten Gremien. Ihr wisst es alle: Eine Betriebsrätin, ein Betriebsrat oder auch ein Jugendvertrauensrat zu sein ist meistens keine Schönewetterarbeit. Oft weht euch vom Chefbüro oder vom Management ein rauer Wind entgegen. Sabotage, Schikane und psychischen Druck, das muss man aushalten als Belegschaftsvertretung. Darum ist es einfach wichtig, in die Aus- und Weiterbildung der Betriebsrat-Teams sowie Jugendvertrauensrätinnen und Jugendvertrauensräte zu investieren. Das wollen wir in den nächsten Jahren noch verstärken. Für mich, wie für viele von euch hier im Saal, steht fest: Es ist die Kraft der vielen, die uns stark macht. Unsere Gewerkschaft lebt von Nähe, von Vertrauen und davon, dass wir einander zuhören, aufeinander aufpassen

PRO-GE

und gemeinsam handeln. Jede Betriebsversammlung, jede engagierte Diskussion, jede Demonstration und jeder gemeinsame Arbeitskampf machen uns stärker. Diese Eigenschaften machen uns zu einer starken Bewegung für die Anliegen unserer Arbeitsgesellschaft. Wir stehen mit beiden Beinen am Boden. Wir haben Visionen für ein besseres Leben, aber wir sind auch keine Träumer. Darum

ist uns auch klar, dass wir gerade in einer Sozialpartnerschaft einen Interessenausgleich schaffen müssen. Dass wir hart um Lösungen ringen müssen. Aber ich verspreche euch von dieser Stelle: Wenn es wer wissen will, wenn uns jemand herausfordert, wenn jemand einen von uns angreift, dann greift er uns alle an. Wir sind eine Kampf-gemeinschaft für die Arbeiterinnen und Arbeiter in unserem Land. Lie-

be Freunde auf der Gegenseite, zieht euch warm an, wir kommen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich freue mich darauf, gemeinsam mit euch zu kämpfen und dafür brauche ich eure Unterstützung! Glück auf!

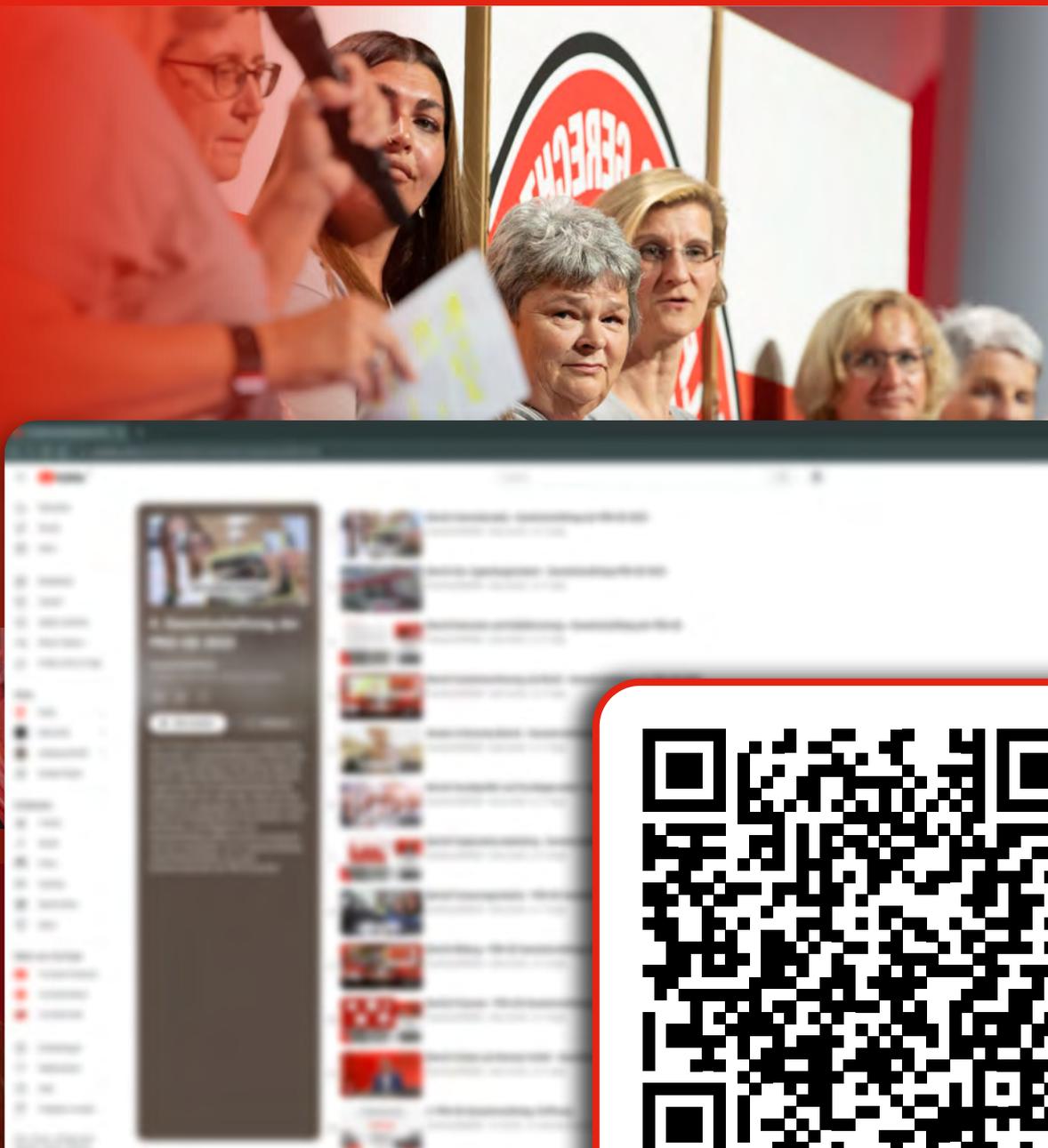


ZU DEN BERICHTEN

- Bericht Bildung
- Bericht Finanzen
- Bericht Frauenorganisation
- Bericht Gender & Diversity
- Bericht Internationales
- Bericht Jugendorganisation
- Bericht Branchen und Kollektivvertrag
- Bericht Organisationsabteilung
- Bericht Sozialpolitik und Grundlagenarbeit
- Bericht Sozialversicherung & Recht
- Bericht Urlaub und Seminar GmbH



PRO-GE



HIER GEHT'S ZU DEN BERICHTEN VOM 4.
GEWERKSCHAFTSTAG DER PRO-GE

WAHLERGEBNIS

„Geschätzter Gewerkschaftstag, wertees Präsidium, werte Gäste, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

Ich möchte mich zuerst bei allen stimmberechtigt Delegierten für die rasche Durchführung der Wahlen sowie bei den Mitgliedern der Wahlkommission für ihre Arbeit recht herzlich bedanken. Für die Wahl des Bundespräsidiums, der Mitglieder des Bundesvorstandes, der Bundeskontrollkommission, der Schiedskommission, sowie deren Ersatzmitglieder wurden 466 Stimmen abgegeben. Davon sind 466 gültig. Die Mitglieder des Bundesvorstandes, der Bundeskontroll-

kommission, der Schiedskommission, sowie deren Ersatzmitglieder, wurden mit überwältigender Mehrheit gewählt. Ich beginne bei den stellvertretenden Bundesvorsitzenden. Kollege Thomas Buder erhielt 463 Stimmen, das sind 99,36 Prozent. Kollegin Regina Assigal erhielt 462 Stimmen, das sind 99,14 Prozent. Kollege Roman Gössinger, ebenfalls 462 Stimmen, das sind 99,14 Prozent. Kollege Andreas Martiner erhielt ebenfalls 462 Stimmen, das sind ebenfalls 99,14 Prozent. Kollege Günther Goach 458 Stimmen, das sind 98,28 Prozent. Kollegin Elfriede Schober erhielt 458 Stimmen, sind ebenfalls 98,28 Pro-

zent. Und Hans Karl Schaller erhielt 453 Stimmen, sind 97,21 Prozent.

Da wir ja einen Bundesvorsitzenden benötigen: Das ist ebenfalls ein sehr, sehr gutes Votum – Kollege Reinhold Binder erhielt 456 Stimmen und 97,85 Prozent.

Herzlichen Glückwunsch!“



FRANZ JANTSCHER
Leiter der Wahlkommission

Name	Stimmen	Prozent
Reinhold Binder	456	97,85
Thomas Buder	463	99,36
Regina Assigal	462	99,14
Roman Gössinger	462	99,14
Andreas Martine	462	99,14
Günther Goach	458	98,28
Elfriede Schober	458	98,28
Hans Karl Schaller	453	97,21



REINHOLD BINDER:

97,85 %

PRO-GE

MANDATSPRÜFUNGSKOMMISSION

„Werte Kolleginnen, Werte Kollegen. Als Mandatsprüfungskommission haben wir die Anwesenheit am Gewerkschaftstag überprüft. Von den 482 eingeladenen Delegierten mit Stimmrecht sind heute 441 anwesend, das sind 91,49 Prozent. Der vierte ordentliche Gewerkschaftstag der Produktionsgewerkschaft ist somit beschlussfähig. Für

die Beschlussfassung möchten wir darauf

hinweisen, dass die einfache Mehrheit bei 223 Stimmen und die Zweidrittel-Mehrheit bei 294 Stimmen liegt. Darüber hinaus sind heute von den 364 eingeladenen Gast-Delegierten und Delegierten mit beratender Stimme, das sind die Mitglieder der Bundeskontrollkommission und unsere Sekretär:innen, 304 anwesend, das sind 83,52 Prozent. Es freut uns, dass zusätzlich zu den genannten Delegierten 62 Gäste so-

wie Pioniere am Gewerkschaftstag teilnehmen. Wir wünschen dem Gewerkschaftstag einen guten Verlauf.

Glück auf!“



REINHARD HOFER
Leiter der Mandatsprüfungskommission

GRÜßWORTE



MICHAEL LUDWIG
Bürgermeister der Stadt Wien

„Gerade in letzter Zeit ist auch in Österreich eine Diskussion um gesetzliche Mindestlöhne entstanden. Auf den ersten Blick ist auch nicht ganz verständlich, warum man einen anderen Weg geht. Das klingt so plausibel, mit einem Gesetz Mindestlöhne festzulegen. Aber ich habe das immer relativ leicht erklären können. Ich habe dann gefragt: In wen habt ihr mehr Vertrauen? In eine Bundesregierung – egal wie sie zusammengesetzt ist – oder in die Stärke der Gewerkschaften in Österreich? Und die Antwort war dann immer klar: da bauen wir auf die Gewerkschaften.“

„Es ist dringend notwendig, dass wir eine Diskussion über Arbeitszeit führen. Die gesetzliche Definition von 40 Stunden Normalarbeitszeit ist im 21. Jahrhundert schlicht und einfach nicht mehr zeitgemäß. Es wird immer intensiver gearbeitet, der Arbeitsdruck steigt auf jedem einzelnen Arbeitsplatz, und zwar quer durch alle Branchen. Was wir dringend brauchen, ist eine neue, gesunde Vollzeit, mit der man Beruf und Familie vereinbaren kann, eine Vollzeit, wo auch tatsächlich möglich ist, gesund bis zur Pension durchhalten zu können.“



RENATE ANDERL
Präsidentin der
Bundesarbeitskammer



ENRICO SOMAGLIA
Generalsekretär EFFAT

„Ambitionierte Umweltziele zu setzen, ohne auf soziale Aspekte Rücksicht zu nehmen, ist ebenfalls keine taugliche Antwort. Der grüne Wandel muss eine Gelegenheit sein, um bessere Arbeitsplätze zu schaffen, und keine neue Bedrohung für die arbeitenden Menschen. Wir haben bereits zu viele Bedrohungen: Covid, Globalisierung usw. Wir müssen sicherstellen, dass mit dem grünen Wandel die Arbeitsstandards in den prekärsten Wirtschaftssektoren angehoben werden, und in all den anderen Sektoren gute Arbeitsverhältnisse und gute Kollektivverträge erhalten bleiben.“

PRO-GE



ATLE HØIE
Generalsekretär IndustriALL
Global Union

„Es gibt keinen Zweifel, dass dieser Krieg so schnell als möglich beendet werden muss, aber dann wird die große Arbeit erst beginnen. Das Land wird sich neu errichten müssen und ich bin zuversichtlich, dass die Mittel für den Wiederaufbau der Ukraine zur Verfügung stehen werden. Wir müssen aber auch sicherstellen, dass Geld für den Wiederaufbau der Gewerkschaften in der Ukraine bereitsteht. Es gibt keine gerechte Gesellschaft in welchem Land auch immer ohne starke Gewerkschaften und es ist unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass die Gewerkschaften aus dieser Situation stark herauskommen, um beim Wiederaufbau des Landes eine Rolle spielen zu können.“

„Und dann kommt immer das Argument – das wäre ein Eingriff in den Markt und das geht irgendwie gar nicht. Und da habe ich mir die Frage gestellt: Wo war denn der Markt in der Finanzmarktkrise 2008-2009? Wir alle mussten den Markt retten und die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sind ordentlich eingesprungen und wurden zur Kasse gebeten. Wo war der Markt bei Corona? Also ehrlich gesagt: der Markt war der erste der sich geschlichen hat. Wer uns durch die Pandemie getragen hat, das war der Sozialstaat, den wir erkämpft haben. Der war der Hero und der hat funktioniert, auch in der Pandemie.“



WOLFGANG KATZIAN
ÖGB Präsident



LUC TRIANGLE
Generalsekretär industrieALL
European Trade Union

„Die Unternehmensgewinne waren noch nie so hoch wie im Jahr 2022. 88 Prozent der Unternehmen haben die Dividenden erhöht letztes Jahr oder sie konstant gehalten. Deshalb ist für industrieALL Europe klar: die Inflation wird nicht durch hohe Löhne angetrieben, die Inflation wird durch die Gier der Unternehmen und Aktionäre angetrieben! Sie wollen jedes Jahr höhere Gewinne und höhere Dividenden und die Folgen sehen wir in den Supermärkten: höhere Preise und wird zahlen dafür. Ganz ehrlich, für mich ist das ein Skandal, was da gerade passiert.“



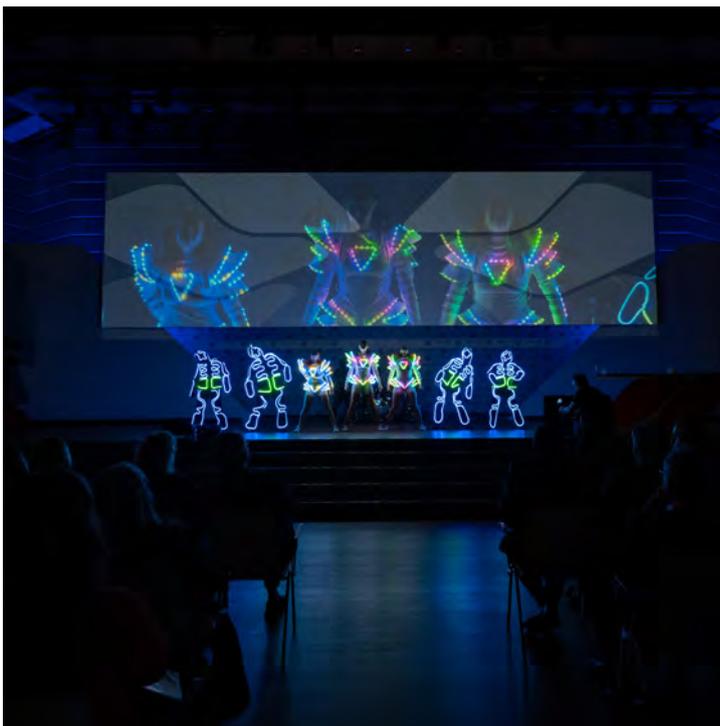
SCHNAPP- SCHÜSSE VOM *4. GEWERKSCHAFTSTAG*





FREE PRO-CE
CONFERENCES
2024

PRO-GE





PRO-GE





PRO-GE





PRO-GE





PRO-GE





PRO-GE





PRO-CE

RESATA CO
GREAT OUTDOORS

Groiss

PRO-GE





PRO-GE





BUNDESPRÄSIDIUM

BUNDESVORSTAND

TEILNEHMER:INNENLISTEN

VERABSCHIEDUNGEN



BUNDESPRÄSIDIUM



BINDER Reinhold
Bundesvorsitzender



ASSIGAL Regina
Stv. Bundesvorsitzende



BUDER Thomas
Stv. Bundesvorsitzender



GOACH Günther
Stv. Bundesvorsitzender



GÖSSINGER Roman
Stv. Bundesvorsitzender



MARTINER Andreas
Stv. Bundesvorsitzender



SCHALLER Hans-Karl
Stv. Bundesvorsitzender

PRO-GE



SCHOBER Elfriede
*Stv. Bundesvorsitzende,
Bundesfrauenvorsitzende*



GUGGENBERGER Stefan
Bundesgeschäftsführer



RECHBERGER Christian
Bundesgeschäftsführer



SCHISLER Peter
Bundesgeschäftsführer



SCHLEINBACH Peter
Bundesgeschäftsführer



LIEDLBAUER Benjamin
Bundesjugendvorsitzender



FRITZ Wolfgang
Landesvorsitzender



KINBERGER Thomas
Landesvorsitzender



REHRL Mathias
Landesvorsitzender



TIROF Patrick
Landesvorsitzender



BERGER Silvia
Frauenvertreterin



SUPPER-SCHLÖGL Hermine
Frauenvertreterin



KEMPERLE Monika
Pensionist:innenvertreterin



ROHM Christoph
Bundeskontrollkommission



SCHMID Rene
Bundeskontrollkommission



GIESINGER Bernd
Vertreter Metallindustrie



JANTSCHER Franz
Vertreter Metallindustrie



SCHERNBERGER Johann
Vertreter Chemie

PRO-GE



SCHREMSE Andrea
Vertreterin Textil



TRAGLER Hilde
Vorsitzende der Fraktion Gewerkschaftlicher Linksblock (GLB)



REITER Peter
Betriebsratsvorsitzender



Unsere ARBEIT, unser LEBEN,
unsere ZUKUNFT!

BUNDESVORSTAND

Bundesvorstand

Name	Aktiv	Ersatz
Burgenland	REHRL Mathias	RATHMANNER Harald
Kärnten	KOWATSCH Martin	BLASCHUN Christina
	KUCHLING Gerhard	PERCHTHALER Erich
Niederösterreich	EINFALT Gerald	LEITNER Robert
	FUSSTHALER Christian	ESSLETZBICHLER Andreas
	GRUBER Karl	INDRA Josef
	KOLINSKY Gerald	DJEKIC Zoran
	MÜLLER Werner	HAUBNER Thomas
	SIEDL Brigitte	KÖCK Regina
Oberösterreich	BACHMAIR Klaus	ROTHBAUER Michael
	BRETTBACHER Norbert	KIRCHMAIR Helmut
	BRICH Andreas	DAMHOFER Franz
	FLIESSER Lukas	BALONZAN Heinz
	HIPPOLD Manfred	SEXLINGER Andreas
	JUREKOVIC Sandra	JUNGWIRTH Petra
	MARINGER Albert	HAIDINGER Klaus
	MIKULA Günter	BERGER Harald
Salzburg	KINBERGER Thomas	MARCHL Peter
Steiermark	FAULAND Robert	FABIAN Gerald
	HEMMER Andreas	SPRUNG Reinhold
	HOFER Reinhard	MONSCHEIN Gerhard
	KAISER Johann	CERNE Wolfgang
	MAIER Sigrid	SCHOBERER Franz
	PFUSTERER Silvia	EISNER Elvira
Tirol	GEISLER Markus	LACHNER Dietmar
	TIROF Patrik	GASSLER Bianca
Vorarlberg	FRITZ Wolfgang	WILLI Klaus
Wien	GILLER Brigitte	BURZI' C Nermin
	MOLNAR Martin	WAGNER Thomas
	PREYSS Michael	WOLF Anton

PRO-GE

Frauen/Jugend/Pensionist:innen

Name	Aktiv	Ersatz
Frauen	BERGER Silvia	HIRNER Sonja
	DERLER Sonja	BAUER Claudia
	SCHÖN Michaela	PAWLITSCHKO Tina
	SILLER Birgit	KISS Reka
	SUPPER-SCHLÖGL Hermine	RIBITS Gabriele
	THALER Petra	TSCHREPPITSCH Karin
	WINKLBAUER Edith	MAYR Nicole
	YILMAZ Özge	KAINEDER Gabriele
Jugend	MAUREDER Jonas	KOLLAND Selina
Pensionist:innen	BRANDSTÖTTER Josef	DROCHTER Günter
	KEMPERLE Monika	GENNARO Kurt

Branchen

Name	Aktiv	Ersatz
Metallindustrie	JANTSCHER Franz	EMLER Helmut
Metallgewerbe	WALLNER Arno	NOVAKOVIC Mario
EEI	MEIER Karin	SCHMITZBERGER Manuel
Bergbau	KLAUSNER Karl-Heinz	PLETZ Herwig
EVU	ALTENBERGER Josef	SCHÖNEGGER Karl
Chemie	SCHERNBERGER Johann	BUNDERLA Hubert
Papier	LEITNER Werner	STEINBERGER Bernhard
Glas	DABERTO Ernst	OFNER Christian
Mineralöl	ARTMÄUER Andreas	LERCH Patrick
Textil	SCHREMSER Andrea	AIGNER Robert
Bekleidung/Leder	SORKO Eduard	PREGATTER Michaela
Nahrung	MAYER Julius-Jürgen	SCHWARZBAUER Robert
Genuss	BREINER Dietmar	KASTRATI Visar
AKÜ	MAYRHOFER Klaus	LEHRNER Martin
Agrar	FLUCH Fabian	GANSER Manfred

PRO-GE

Weitere Mitglieder

Name	Aktiv	Ersatz
FSG	FARTHOFER Markus	AISTLEITHNER Matthias
	FROST Heidelinde	SCHUSTER Siegfried
	GOTTENHUMER Helga	TRYBEK Stefan
	KAISER Harald	CLEMENTI Gerda
	KIRCHSCHLÄGER Andreas	SEIRINGER Benno
	RALSER Bernhard	EBERL Armin
	SCHÄRF Stefan	KOCHANSKY Jürgen
	SCHEIDREITER Gerhard	GAUG Christian
	SCHILCHER Martin	PUTZL Gerhard
	SZALAY Christian	FELBERMAYER Maximilian
	WALLNER Wolfgang	WILLHALM Hermann
FCG	AHRER Willibald	HOFER Anna
	BAYER Helga	AKIN Filiz
	EGELSEDER Jürgen	PUNZHUBER Thomas
	GIESINGER Bernd	SCHANTL Martin
	JUTZ Thomas	STOCKER Stefan
	MITTER Uwe	MASCHLER Martin
	NÖTSTALLER Hubert	MAISLINGER Christoph
	RAST Jochen	DORNAUER Karl-Josef
	WEBER Hannes	SCHLÖSSL Karl

Bundeskontrollkommission

Name	Aktiv	Ersatz
FSG	FLEISCHER Bernhard	FÖSSL Albin
	NEULINGER Jutta	GRAMMER Roswitha
	ONDREJKOVICS Wolfgang	ZEILINGER Silvia
	ROHM Christoph	SEIFERT Kurt
	SCHLEMMER Patrick	CYPRA Christian
FSG	LEITNER Thomas	RATSCHENBERGER Günter
	SCHMID René	HANNY Josef

Schiedskommission

Name	Aktiv	Ersatz
FSG	BAUMANN Ewald	KASTNER Josef
	GUGGENBERGER Michael	GOLLER Roman
	RAUECKER-DÖLL Sabine	KELTANOSKI Monika
FCG	SCHUHLEITNER Franz	BERGER Helmut
GLB	TRAGLER Hilde	DOHR Karl-Heinz

TEILNEHMER:INNENLISTEN



ZU DEN
PIONIER:INNEN



ZU DEN
STIMMBERECHTIGT
DELEGIERTEN





ZU DEN GASTDELEGIERTEN



ZU DEN BERATEND DELEGIERTEN



VERABSCHIEDUNGEN & EHRUNGEN



WIRTH ALEXANDER, Bundesvorstandsmitglied 2018-2023



DIČKA JÜRGEN, Bundesvorstandsmitglied 2018-2023



REHBERGER JOSEF, Bundesvorstandsmitglied 2018-2022



ALTENHOF REINHARD, 6 J. BR + 24 Jahre beschäftigt / Bildungssekretär GMBE + PRO-GE

PRO-GE



KOSCHIN ROBERT, 1981 - 2022 (41 J), Landessekretär PRO-GE Tirol (13J), ÖGB/GPA/PRO-GE Tirol



OÖ - ANGERMEIER MAXIMILIAN, BR seit 1982 (41 J.), AMAG Rolling GmbH



WIEN - SCHALLER CHRISTIAN, BR seit 1985 - 2022 (37 J.), Siemens AG Österreich



NÖ - TROBOLLOWITSCH ALOIS, BR seit 1989 - 2021 (32 J.), König & Bauer GmbH

PRO-GE



FRAUEN - KONNERTH GERLINDE, BR seit 1997 (26 J.), Mayer & Co Beschläge GmbH



FRAUEN - SEIER ADELHEID, BR seit 1991 (32 J.), Kromberg & Schubert Austria GmbH



BUNDESKONTROLLKOMMISSION - SCHARF SILVIA, BR seit 1995 (27 J.), Raimund Beck KG



SCHIEDSKOMMISSION - MADLMAYR JOSEF, BR seit 1984 (39 J.), BRP – Rotax GmbH & Co KG

PRO-GE



SCHIEDSKOMMISSION - STELZMÜLLER CHRISTIAN, BR seit 1988 - 2022 (34 J.), Neusiedler Ybbstal



SCHIEDSKOMMISSION - ZECHNER DIETMAR (GLB), BR seit 1992 - 2019 (27 J.), Sandvik Mining



EVU - KATSCH SEBASTIAN, BR seit 1992 - 2022 (30 J.), Verbund AHP



FSG - KNES WOLFGANG, BR seit 1994 (27 J.), Mondi

PRO-GE



FSG - OBENAUS HARALD, BR seit 1984 (39 J), Schunk Carbon



FSG - ROTTER WALTER, BR seit 1996 (27 J), Agrana Zucker GmbH



FCG - MATHIS ANTON, BR seit 1997 - 2022 (25 J.), Wolford AG



FCG - WEBERSBERGER JOHANN, BR seit 1993 (30 J.), Kraiburg Gummiwerk

PRO-GE



PRÄSIDIUM - BRUNGRABER JOSEF, Bundeskontrollvorsitzender, BR seit 1994 - 2021 (27 J.), Fa. OÖ LAVU GmbH



PRÄSIDIUM - SCHAABL PETER, Betriebsratsvorsitzender der PRO-GE



PRÄSIDIUM - STELLNBERGER JOSEF, Bundesbranchenvorsitzender Textil, BR seit 1984–2022 (38 J.), Fa. Linz Textil



PRÄSIDIUM - GRITZ JOSEF, Bundesbranchenvorsitzender Metallindustrie, BR seit 1988 (35 J.), Fa. va Stahl Donawitz

PRO-GE



PRÄSIDIUM - STÖGER ALOIS, Leitender Sekretär, seit 1986 (37 J.) GMBE/PRO-GE



PRÄSIDIUM - ANDERLE MANFRED, Bundessekretär, 1980 – 2021 (41 J.) GMBE/PRO-GE



PRÄSIDIUM - FELIX MANFRED, Bundessekretär, seit 1983 (40 J.) ANG/PRO-GE



PRÄSIDIUM - FRIEBEN KLAUDIA, Stv. Bundesvorsitzende - Bundesfrauenvorsitzende, seit 1981 (42 J.) ANG/PRO-GE

PRO-GE



PRÄSIDIUM - KAPPLMÜLLER KARL, Stv. Bundesvorsitzender - Vorsitzender der Fraktion FCG, BR seit 1992 (31 J.) Fa. Engel

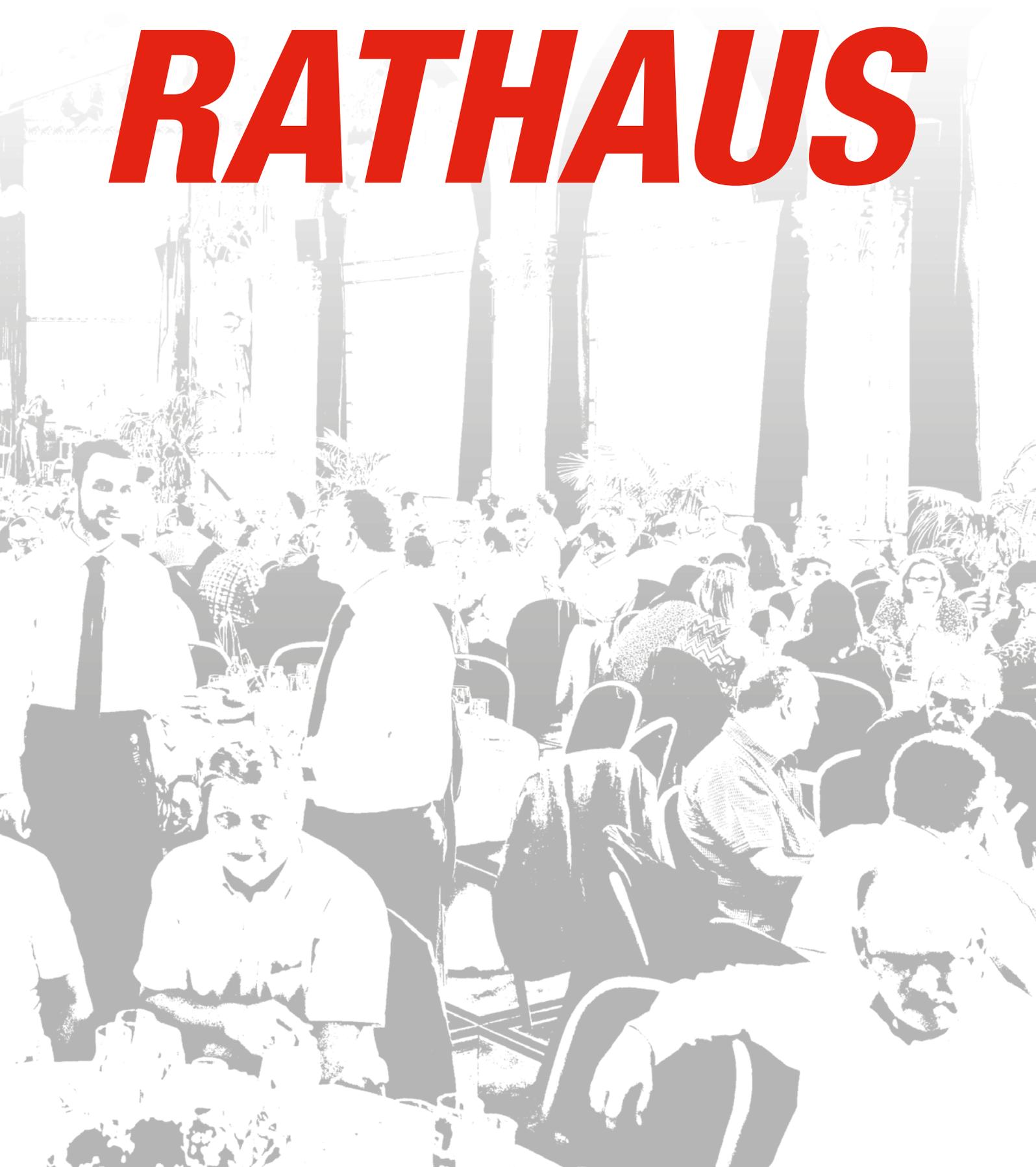


PRÄSIDIUM - RAINER WIMMER, BUNDESVORSITZENDER PRO-GE, 2008-2023 (15 J.) / BR 1998-2009 SALINEN



Abendveranstaltung

RATHAUS





PRO-GE





PRO-GE





PRO-GE





PRO-GE



***BUNDES-
LÄNDER-
FOTOS***

***GRUPPEN-
FOTOS***

NIEDERÖSTERREICH



PRO-GE



NIEDERÖSTERREICH FRAUEN

KÄRNTEN



PRO-GE



OBERÖSTERREICH



PRO-GE



SALZBURG



PRO-GE



TIROL



PRO-GE

LEBEN, *unsere* ZUKUNFT!

ATIONSGEWERTHAFT



VORARLBERG



PRO-GE

DIE PRODUKTIONSGEWERKSCHAFT



WIEN



PRO-GE



BURGENLAND



PRO-GE

DIE PRODUKTIONSGEWERKSCHAFT



STEIERMARK



PRO-GE



STEIERMARK FRAUEN

Gruppenfotos



PRO-GE





PRO-GE





PRO-GE





HINTER DEN KULISSEN



PRO-GE

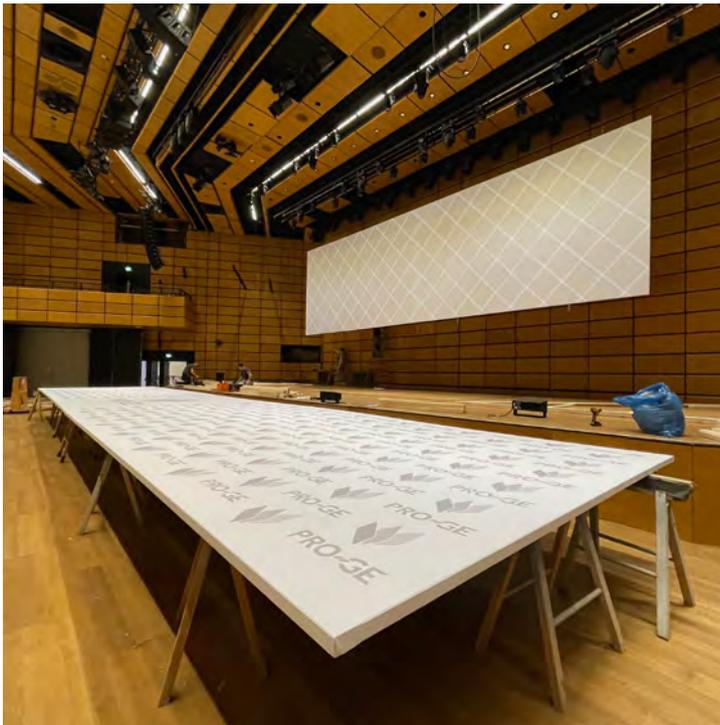
Herzlich Willkommen

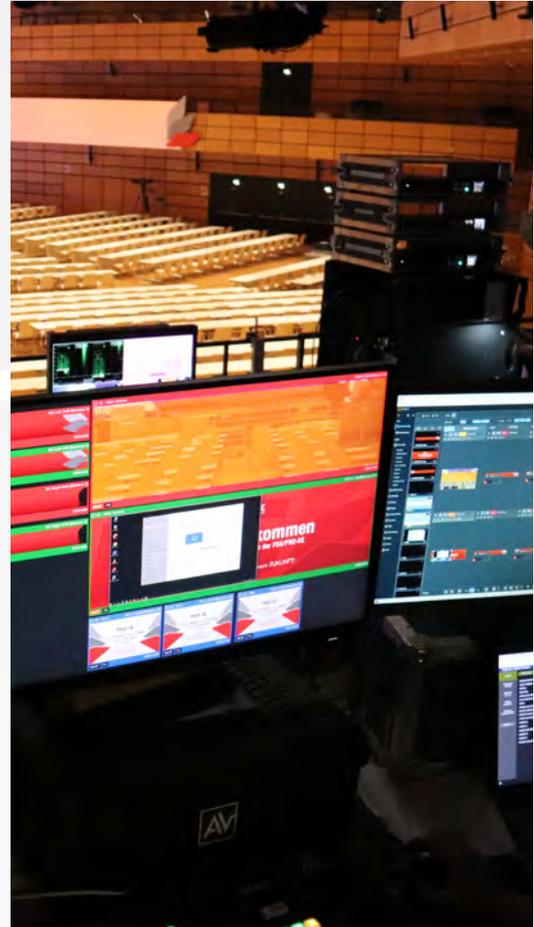
am 4. Gewerkschaftstag der PRO-GE

ARBEIT. UNSER LEBEN, UNSERE ZUKUNFT!
PRODUKTIONSGEWERKSCHAFT



PRO-GE





PRO-GE





PRO-GE
DIE PRODUKTIONSGEWERKSCHAFT

www.proge.at

FSG PRO-GE

PRO-GE





PRO-GE





PRO-GE

PPT-2 | 1

LIVE
MET VOORAF
ZAKEN

DE ZAKEN

PRO-GE

PRO-GE





PRO-GE



ZUM ARBEITSPROGRAMM



HIER GEHT'S ZUM
ARBEITSPROGRAMM
DER PRO-GE



ZUR GESCHÄFTSORDNUNG



HIER GEHT'S ZUR
GESCHÄFTSORDNUNG
DER PRO-GE







*Unsere ARBEIT, unser LEBEN,
unsere ZUKUNFT!*

DIE PRODUKTIONSGEWERKSCHAFT

PRO-GE

PRO-GE

www.proge.at